Der Niedergang der Volksparteien
CDU, CSU und SPD

Autor: Dr. Ernst Wolowicz · Bearbeitungsstand: 21. Oktober 2026

Gliederung

1 Was eine Volkspartei ausmacht....1
2 Bundespolitische Erosion und wechselnde Wählerkoalitionen....2
3 Die soziale Basis und ihre begrenzte Erneuerung....4
4 Landtagswahlen zwischen Gegenbewegung und regionalem Einbruch....8
5 Bayern als besonderer Fall....11
6 Der historische Block und die Erosion seines gesellschaftlichen Kompromisses....13
7 Konkurrierende Partei-Erzählungen und die Erosion der Wählerbasis von Union und SPD....17
8 Regierungspraxis des Kabinetts Merz/Klingbeil....23
9 Fazit und Grenzen einer möglichen Erneuerung....32
Literaturverzeichnis....34

Einleitung

Warum verlieren CDU, CSU und SPD an gesellschaftlicher Bindungskraft, obwohl sie regional weiterhin erfolgreich sind und die Bundesregierung führen? Der Essay verbindet die längerfristige Entwicklung seit den Wahlsiegen der Union 1994 und der SPD 1998 mit einem empirischen Schwerpunkt von 2021 bis zum 19. Oktober 2026. Der Essay führt drei Erklärungsebenen zusammen: die Schwächung gesellschaftlicher Verankerung, die Konkurrenz unterschiedlicher Parteiangebote speziell seit 2024 und die Regierungspraxis seit 2025. Die leitende These lautet, dass politische Bindungen brüchig werden können, wenn soziale Erfahrungen, Vertretungsversprechen und tatsächliche Entscheidungen auseinanderfallen. Untersucht werden direkte Wählerwanderungen ebenso wie ausbleibende Bindungen jüngerer Wähler und regionale Unterschiede. Mit Gramsci und Bourdieu wird geprüft, wie materielle Interessen, gesellschaftliche Anerkennung und politische Vermittlung zusammenhängen und ob die Befunde organische Krisentendenzen oder Interregnums-Tendenzen erkennen lassen. Die Regierungspraxis wird auch an den konkurrierenden Anforderungen von Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden gemessen. Deren Positionen erschließen Konflikte und mögliche Kompromisslinien; der Nachweis ihres Einflusses und ihrer Wahlwirkungen erfordert eine eigene Untersuchung.

1 Was eine Volkspartei ausmacht

CDU, CSU und SPD verlieren an gesellschaftlicher Reichweite, ohne ihre institutionelle Macht oder sämtliche regionalen Bindungen einzubüßen. Um diesen Wandel zu beurteilen, ist zunächst zu klären, welche Leistungen eine Volkspartei auszeichnen.

Eine Volkspartei ist mehr als eine Partei mit vielen Wählerstimmen. Sie erhebt einen breiten Repräsentationsanspruch, erreicht unterschiedliche soziale Gruppen, verbindet deren Interessen zu einem politischen Programm und besitzt eine belastbare gesellschaftliche Verankerung. Hinzu kommt die Fähigkeit, Regierungen zu führen und Kompromisse zu organisieren, sowie eine gewisse Dauerhaftigkeit dieser Leistungen. Der Begriff ist wissenschaftlich umstritten. Frank Decker betont die Ansprache der gesamten Bevölkerung als potenzieller Wählerschaft; Eckhard Jesse verlangt zusätzlich eine über mehrere Wahlen beträchtliche Stimmenbasis und die Anerkennung des demokratischen Verfassungsstaates. Eine allgemein verbindliche Prozentgrenze für den Volksparteistatus gibt es nicht (Decker, 2026; Jesse, 2021).

Otto Kirchheimers Konzept der catch-all party beschreibt die Öffnung früherer Milieuparteien für weitere Wählerschichten. Diese Öffnung kann mit einer Abschwächung weltanschaulicher Festlegung und einer stärkeren Stellung der Parteiführung verbunden sein. Sie schafft zusätzliche Mehrheitschancen, kann aber die alltägliche Verbindung zwischen Mitgliedern und gesellschaftlichen Gruppen lockern. Michael Koß erinnert deshalb daran, dass Kirchheimers Konzept ursprünglich auch einen Verlust an gesellschaftlicher Vermittlung problematisierte. Die Größe einer Partei und die Qualität ihrer gesellschaftlichen Verwurzelung können sich in unterschiedliche Richtungen entwickeln (Kirchheimer, 1965; Koß, 2025).

Für diesen Essay werden sechs empirische Dimensionen unterschieden. Die Stimmenbasis lässt sich über Wahlergebnisse und deren längerfristige Stabilität bestimmen. Soziale Breite wird an Alter, Erwerbsstellung, Bildung und regionaler Verteilung sichtbar. Organisatorische Verwurzelung zeigt sich in Mitgliederstruktur, Ortsvereinen und Beziehungen zu Verbänden. Politische Vermittlung betrifft die Aufnahme gesellschaftlicher Forderungen in Programme und Entscheidungen. Regierungsfähigkeit umfasst Mehrheitsbildung und Umsetzung. Hegemoniale Führung schließlich bezeichnet die Fähigkeit, eine gesellschaftliche Entwicklung überzeugend zu deuten und dafür auch außerhalb der eigenen Anhängerschaft Zustimmung zu gewinnen. Keine dieser Dimensionen ersetzt die anderen.

Aus dieser Definition folgt eine differenzierte Antwort auf die gegenwärtige Statusfrage. Eine Union mit 21 Prozent in der FGW-Projektion vom 8. Oktober 2026 besitzt weiterhin zahlreiche institutionelle und organisatorische Merkmale einer Volkspartei, erfüllt ihren früheren Anspruch auf eine breite nationale Wählerbasis jedoch nur noch eingeschränkt. Bei der SPD ist dieses Problem angesichts von 13 Prozent noch ausgeprägter. Umgekehrt wird die AfD durch 28 Prozent in derselben Projektion nicht automatisch zur Volkspartei (Infratest dimap, 2026a; INSA, 2026; Forschungsgruppe Wahlen, 2026a; Forschungsgruppe Wahlen, 2026d). Ein hoher Stimmenanteil belegt zunächst „nur“ den Wahlerfolg. Für die weitergehende Einordnung müssten soziale Breite, dauerhafte Verankerung, Integrationsleistung und das zugrunde gelegte Demokratieverständnis gesondert untersucht werden. Eine rein wahlstatistische Definition und eine demokratietheoretisch anspruchsvolle Definition können zu verschiedenen Bewertungen führen.

CDU, CSU und SPD werden hier als politische Vermittler gesellschaftlicher Bündnisse untersucht, nicht selbst als herrschende Klassen. Ob der Verlust an Stimmen mit einer Schwächung gesellschaftlicher Führung einhergeht, ist deshalb gesondert zu prüfen. Kapitel 6 entwickelt dafür den theoretischen Maßstab und ordnet die empirischen Indikatoren ein.

Für die historischen Vergleichsjahre ist die unterschiedliche Ausgangslage wichtig. Bei der Union wird bewusst nicht 1990 gewählt: Die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl war besonders durch die deutsche Einheit und Kohls Rolle im Vereinigungsprozess geprägt. Der Wahlsieg 1994 bietet einen weniger unmittelbar von diesem Sonderereignis bestimmten Ausgangspunkt, ohne frei von dessen Folgen zu sein; für die SPD dient ihr Wahlsieg 1998 als Bezugspunkt (Bundeswahlleiterin, 1994; Bundeswahlleiterin, 1998; Gibowski / Kaase, 1991). Frühere Entwicklungen werden einbezogen, soweit sie die heutige Lage erklären; für Bayern ist eine längere Perspektive seit 1970 erforderlich. Amtliche Ergebnisse, Wanderungsmodelle und Befragungen besitzen unterschiedliche Aussagekraft und werden nicht zu einem Messwert verschmolzen. Gramscis und Bourdieus Kategorien dienen der Interpretation, nicht als statistischer Beweis einzelner Ursachen oder als zwangsläufige Prognose.

2 Bundespolitische Erosion und wechselnde Wählerkoalitionen

Der historische Vergleich setzt bei zwei unterschiedlichen Wahlsiegen an: CDU/CSU erreichten 1994 zusammen 41,4 Prozent der Zweitstimmen, die SPD 1998 40,9 Prozent. Gegenüber diesen Bezugspunkten lagen die Ergebnisse 2025 mit 28,5 beziehungsweise 16,4 Prozent um 12,9 beziehungsweise 24,5 Prozentpunkte niedriger. Bezogen auf den jeweiligen Ausgangswert entspricht dies einem relativen Rückgang des Zweitstimmenanteils um rund 31,2 Prozent bei CDU/CSU seit 1994 und um rund 59,9 Prozent bei der SPD seit 1998. Berechnet wird jeweils die Differenz zum Ergebnis 2025 geteilt durch den Ausgangswert; gemeint ist der Rückgang des Stimmenanteils, nicht der absoluten Stimmenzahl. Der

Unionswert für 1994 ist aus den absoluten Zweitstimmen beider Parteien berechnet; die gerundeten Einzelanteile dürfen nicht einfach addiert werden. Die Differenzen beschreiben den Abstand zwischen Ausgangs- und Endpunkt, keinen kontinuierlichen Verlauf und keinen Beleg für eine einzelne Ursache (Bundeswahlleiterin, 2021; Bundeswahlleiterin, 2025b; Bundeswahlleiterin, 1994; Bundeswahlleiterin, 1998).

Innerhalb dieses längerfristigen Rückgangs zeigen die Bundestagswahlen 2021 und 2025 eine Verschiebung innerhalb des früher dominierenden Parteienlagers. Die Union stieg von 24,1 auf 28,5 Prozent an, die SPD fiel von 25,7 auf 16,4 Prozent. Gemeinsam erreichten sie 2021 49,8 und 2025 nur noch 44,9 Prozent der gültigen Zweitstimmen. Der Erfolg der Union 2025 war deshalb keine Wiederherstellung der gemeinsamen Vorrangstellung. Die AfD verdoppelte ihren Anteil nahezu, während die Linke nach ihrer Krise wieder zulegte und das neu gegründete BSW knapp unter fünf Prozent blieb. Die folgenden Angaben für 2021 berücksichtigen die amtliche Neuberechnung nach der Berliner Teilwiederholung 2024 (Bundeswahlleiterin, 2021; Bundeswahlleiterin, 2025b).

Partei	BTW 2021	BTW 2025	GMS 19.10.	INSA 17.10.	Forsa 13.10.	FGW 8.10.	Ipsos 8.10.
CDU/CSU	24,1	28,5	19	18	19	21	20
SPD	25,7	16,4	12	13	14	13	13
Grüne	14,7	11,6	15	14	17	15	15
AfD	10,4	20,8	30	29	26	28	28
Linke	4,9	8,8	10	11	12	12	12
FDP	11,4	4,3	3	4	4	3	4
BSW	–	4,98	3	4	n. e.	n. e.	3

Tabelle 1. Bundestagswahlergebnisse und zuletzt veröffentlichte Sonntagsfragen ausgewählter Institute bis 19. Oktober 2026, in Prozent. Alle Umfragedaten: 2026; BTW: Bundestagswahl, FGW: Forschungsgruppe Wahlen, n. e.: nicht einzeln ausgewiesen, –: nicht angetreten. Veröffentlichungsdaten in den Spalten; Feldzeiten im Literaturverzeichnis. Quellen: Bundeswahlleiterin, FGW, Ipsos, RTL/ntv/Forsa, BILD/INSA sowie Wahlrecht.de für GMS. Wahlwerte und Umfragen sind keine gleichartigen Beobachtungen (Bundeswahlleiterin, 2021; Bundeswahlleiterin, 2025b; Forschungsgruppe Wahlen, 2026d; Wahlrecht.de, 2026; BILD / INSA, 2026; RTL/ntv / Forsa, 2026; Ipsos, 2026).

Die Beteiligung an der Bundestagswahl 2025 lag bei 82,5 Prozent. Viele Menschen wenden sich somit nicht vom Wählen, sondern von den früher dominierenden Parteien ab. Das Parteiensystem wird pluraler, weil unterschiedliche Konflikte eigenständige Angebote hervorbringen. Neben Verteilung und sozialer Sicherheit stehen Migration, kulturelle Zugehörigkeit, Klimapolitik, Außenpolitik und das Vertrauensverhältnis zu politischen Institutionen im Mittelpunkt. CDU, CSU und SPD können diese Konflikte zunehmend weniger in zwei große politische Lager integrieren (Bundeswahlleiterin, 2021; Bundeswahlleiterin, 2025b).

Die Wählerwanderungsmodelle verdeutlichen, wie verschieden die beiden Bundestagswahlen verliefen. 2021 gewann die SPD im Saldo rund 1,53 Millionen Stimmen von der Union und 640.000 von der Linken. 2025 kehrte sich die Bewegung zwischen SPD und Union um. Zugleich verloren die Unionsparteien mehr als eine Million Stimmen im Saldo an die AfD. Ihr Wahlerfolg beruhte also auf Zuflüssen aus der bisherigen Regierungskoalition und ging mit einer beträchtlichen Abwanderung nach rechts einher (Infratest dimap / ARD, 2021; Infratest dimap / ARD, 2025b).

Gegenüber der genannten Gruppe	Union 2021	SPD 2021	Union 2025	SPD 2025
Union beziehungsweise SPD	−1.530	+1.530	+1.760	−1.760
Grüne	−920	−260	+460	−100
FDP	−490	+180	+1.350	+120
Linke	+20	+640	−70	−560
AfD	+80	+260	−1.010	−720
BSW	–	–	−220	−440
Nichtwählende	−50	+520	+900	+250

Tabelle 2. Ausgewählte Nettosalden in Tausend Stimmen; Plus bedeutet Gewinn für die Partei der Spalte. Die erste Zeile bezeichnet in den Unionsspalten die SPD und in den SPD-Spalten die Union. 2021 wird mit 2017, 2025 mit 2021 verglichen. Quelle: Infratest dimap für die ARD (Infratest dimap / ARD, 2021; Infratest dimap / ARD, 2025b).

Die Tabelle enthält zentrale Beziehungen, keine vollständige Zergliederung der Stimmenveränderungen. Weitere Parteien, demografische Veränderungen und Veränderungen der Wahlberechtigung sind nicht aufgeführt. Die Salden sind Schätzungen, keine amtlich gezählten Wahlentscheidungen einzelner Menschen. Insbesondere bedeutet ein Nettogewinn nicht, dass niemand in Gegenrichtung wechselte. Die veröffentlichte Bundesanalyse fasst CDU und CSU als Union zusammen. Separate Wanderungszahlen für beide Parteien werden hier deshalb nicht ermittelt; die besondere Lage der CSU wird anhand bayerischer Ergebnisse und eigener Organisationsdaten untersucht.

Für die SPD ist 2025 eine Abwanderung in mehrere Richtungen erkennbar. Sie verlor an Union und AfD ebenso wie an Linke und BSW. Damit steht sie zugleich vor unterschiedlichen Problemen: Ein Teil ihrer früheren Wählerschaft sucht wirtschaftliche Führung oder restriktivere Migrationspolitik, ein anderer eine deutlichere soziale Alternative. Eine Strategie, die sämtliche Verluste einer einzigen politischen Position zuschreibt, würde die Befunde verkürzen. Auch die Union kann ihre Abwanderung zur AfD nicht allein durch Gewinne von SPD und FDP kompensieren, wenn diese Zuflüsse nach einer Regierungsübernahme wieder versiegen.

Nach dem Rückblick auf abgeschlossene Wahlen zeigen die bis zum 19. Oktober 2026 veröffentlichten Umfragen das ungünstige Bild für die Regierungsparteien. In den fünf aktuellen Erhebungen der Tabelle liegt die Union zwischen 18 und 21 Prozent, die SPD zwischen 12 und 14 Prozent. Die AfD erreicht 26 bis 30 Prozent. Diese Spannweiten beschreiben Unterschiede zwischen Instituten und Feldzeiten, keine gesicherte Bewegung in diesem Zeitraum (Infratest dimap, 2026a; INSA, 2026; Forschungsgruppe Wahlen, 2026a; Forschungsgruppe Wahlen, 2026d; Wahlrecht.de, 2026; BILD / INSA, 2026; RTL/ntv / Forsa, 2026; Ipsos, 2026).

Die wechselnden Wahlkoalitionen zeigen Veränderungen politischer Repräsentation: 2021 bündelte die SPD Erwartungen an Respekt und verlässliche Führung, 2025 profitierte die Union von der Ablehnung der bisherigen Regierung und dem versprochenen Politikwechsel. Wie dauerhaft solche Verbindungen sind, wird in Kapitel 6 geprüft. Zunächst ist zu untersuchen, welche gesellschaftlichen Gruppen die Parteien weiterhin erreichen und wo ihre Bindungen besonders stark nachlassen.

3 Die soziale Basis und ihre begrenzte Erneuerung

Die amtliche repräsentative Wahlstatistik ermöglicht einen Blick auf die tatsächliche Alterszusammensetzung der Parteiwählerschaften. Dabei wird gefragt, welcher Anteil der Stimmen einer Partei aus einer bestimmten Altersgruppe stammt. Das ist etwas anderes als die Frage, welcher Anteil einer Altersgruppe die Partei wählt. Die folgende Tabelle trennt CDU und CSU und verwendet für beide Jahre dieselbe amtliche Vergleichsauswertung (Bundeswahlleiterin, 2025a, S. 26, Übersicht 11).

Altersgruppe	CDU 2021	CDU 2025	CSU 2021	CSU 2025	SPD 2021	SPD 2025
18–24	3,3	3,0	3,7	3,4	4,6	4,7
25–34	7,0	6,8	8,2	8,1	8,7	8,4
35–44	10,6	11,8	11,2	12,7	10,3	10,3
45–59	25,8	24,4	25,7	24,5	26,6	20,3
60–69	19,4	21,5	20,5	21,9	22,1	23,1
70 und älter	34,0	32,5	30,6	29,4	27,7	33,3

Tabelle 3. Altersanteile innerhalb der jeweiligen Zweitstimmenwählerschaft in Prozent; Rundungsabweichungen möglich. Quelle: Bundeswahlleiterin, Bundestagswahl 2025, Heft 4, Übersicht 11, S. 26 (Bundeswahlleiterin, 2025a, S. 26, Übersicht 11).

In der CDU-Wählerschaft waren 2025 damit 54,0 Prozent mindestens 60 Jahre alt, in der CSU-Wählerschaft 51,3 und in der SPD-Wählerschaft 56,4 Prozent. Die SPD ist besonders stark von älteren Wählenden abhängig. Eine solche Bindung bietet kurzfristig Stabilität, stellt aber hohe Anforderungen an den Ersatz verlorener Bindungen durch jüngere Generationen. Ältere Menschen sind dabei keine politisch einheitliche Gruppe; auch bei ihnen konkurrieren unterschiedliche soziale Interessen und Wertorientierungen.

Die Alterung der Wahlbevölkerung gehört zur Erklärung. Sie reicht jedoch nicht aus. Wenn eine Partei im Verhältnis zu ihrem gesamten Stimmenanteil bei jungen Menschen schwach abschneidet, fehlt ihr unabhängig von der Demografie ein Teil ihrer gesellschaftlichen Reichweite. Für die Zukunft ist deshalb nicht nur entscheidend, wie viele ältere Menschen wählen, sondern ob die Partei bei Bildungswegen, beruflichen Übergängen, Wohnungssuche und Familiengründung als hilfreiche politische Kraft wahrgenommen wird. Eine überwiegend ältere Wählerschaft bedeutet keinen automatischen Niedergang. Sie macht das politische Angebot aber anfälliger, wenn generationenspezifische Erfahrungen auseinandergehen.

Die Erwerbsstellung zeigt ein weiteres Problem. Für die Bundestagswahlen 2021 und 2025 sowie die Landesparlamentswahlen 2025 und 2026 liegen Wahlbefragungen zum Stimmenanteil innerhalb verschiedener Tätigkeitsgruppen vor. Eine vollständige amtliche Berufsverteilung der gesamten Parteiwählerschaften steht damit nicht zur Verfügung. Tabelle 4a enthält den Bundesvergleich, Tabelle 4b ergänzt Hamburg 2025 und die fünf Landeswahlen 2026. Die Angaben stammen durchgehend aus Infratest-dimap-Auswertungen; für einzelne Wahlen werden deren Tabellen in den Wahlanalysen der Konrad-Adenauer-Stiftung herangezogen (Infratest dimap / ARD, 2025a; Infratest dimap / ARD, 2025c; Konrad-Adenauer-Stiftung, 2026b, S. 20; Konrad-Adenauer-Stiftung, 2026a; Neu / Pokorny, 2026, S. 23; Infratest dimap / ARD, 2026b; Infratest dimap / ARD, 2026a).

Tabelle 4a. Bundestagswahlen 2021 und 2025: Stimmenanteile innerhalb der jeweiligen Tätigkeitsgruppe in Prozent. Rentner und Arbeitslose sind Erwerbsstatusgruppen, keine Berufe. Quelle: Infratest dimap für die ARD (Infratest dimap / ARD, 2025a).

Erwerbsstellung	Union 2021	Union 2025	SPD 2021	SPD 2025
Arbeiter	20	22	26	12
Angestellte	20	26	24	15
Selbstständige	26	35	16	10
Rentner	34	39	35	24
Arbeitslose	14	16	23	13

Tabelle 4b. Landesparlamentswahlen 2025 und 2026: Stimmenanteile innerhalb der jeweiligen Tätigkeitsgruppe in Prozent. Quellen: Infratest dimap/ARD und KAS-Wahlanalysen (Infratest dimap / ARD, 2025c; Konrad-Adenauer-Stiftung, 2026b, S. 20; Konrad-Adenauer-Stiftung, 2026a; Neu / Pokorny, 2026, S. 23; Infratest dimap / ARD, 2026b; Infratest dimap / ARD, 2026a).

Wahl	Partei	Arbeiter	Angestellte	Selbstständige	Rentner
Hamburg 2025	CDU	18	18	26	25
Hamburg 2025	SPD	32	32	24	47
Baden-Württemberg 2026	CDU	21	28	35	37
Baden-Württemberg 2026	SPD	5	4	2	8
Rheinland-Pfalz 2026	CDU	16	26	40	39
Rheinland-Pfalz 2026	SPD	21	22	14	35
Sachsen-Anhalt 2026	CDU	9	12	18	26
Sachsen-Anhalt 2026	SPD	6	8	7	11
Mecklenburg-Vorpommern 2026	CDU	2	4	11	6
Mecklenburg-Vorpommern 2026	SPD	27	29	19	49
Berlin 2026	CDU	10	14	21	30
Berlin 2026	SPD	6	11	11	19

Im Bundesvergleich ist der Absturz der SPD unter Arbeitern von 26 Prozent 2021 auf zwölf Prozent 2025 besonders aufschlussreich. Doch auch unter Angestellten und Rentnern verlor sie stark. Ihre Krise betrifft damit das breitere Arbeitnehmer- und soziale Sicherungsbündnis, das ihre volksparteiliche Expansion getragen hatte. Die Union blieb bei Selbstständigen und Rentnern wesentlich stärker als bei Arbeitern und Arbeitslosen (Infratest dimap / ARD, 2025a).

Die Landesparlamentswahlen zeigen, wie stark sich diese soziale Reichweite regional unterscheidet. Unter Arbeitern erreichte die SPD 2025 in Hamburg 32 Prozent und 2026 in Mecklenburg-Vorpommern 27 Prozent, in Baden-Württemberg dagegen fünf und in Berlin sowie Sachsen-Anhalt jeweils sechs Prozent. Bei Rentnern blieben ihr in Hamburg 47 und in Mecklenburg-Vorpommern 49 Prozent, während sie in Baden-Württemberg acht Prozent erzielte. Auch bei der CDU variieren die Muster: In Rheinland-Pfalz erreichte sie unter Selbstständigen 40 Prozent, unter Arbeitern aber nur 16 Prozent; in Mecklenburg-Vorpommern waren es elf beziehungsweise zwei Prozent. Die Befunde präzisieren die soziale Zusammensetzung regionaler Parteistärke; Kapitel 4 untersucht die zugehörigen Wahlergebnisse und Wanderungen (Infratest dimap / ARD, 2025c; Konrad-Adenauer-Stiftung, 2026b, S. 20; Konrad-Adenauer-Stiftung, 2026a; Neu / Pokorny, 2026, S. 23; Infratest dimap / ARD, 2026b; Infratest dimap / ARD, 2026a).

Die Tabelle beschreibt jeweils den Parteianteil innerhalb einer Tätigkeitsgruppe, nicht deren Anteil an der Parteiwählerschaft. Für Arbeitslose werden in den hier verwendeten Länderübersichten keine durchgehend vergleichbaren Einzelwerte ausgewiesen; sie werden deshalb nicht ergänzt oder geschätzt. Auch die übrigen Gruppen umfassen unterschiedliche Lebenslagen. Die gerundeten Befragungswerte können vom amtlichen Gesamtergebnis abweichen, und kleinere Teilgruppen weisen größere statistische Unsicherheiten auf. Unterschiede zwischen Bundes- und Landeswahlen sind keine individuellen Wählerwanderungen.

Neben der Zusammensetzung ihrer Wählerschaften ist zu untersuchen, welche Lebenslagen innerhalb der Parteien selbst organisatorisch vertreten sind. Tabelle 5 erweitert den Vergleich um AfD, Linke und BSW.

Niedermayers Untersuchung beruht auf Angaben der Parteigeschäftsstellen zum jeweiligen Jahresende. Für CDU, CSU und SPD lag das Durchschnittsalter 2024 bei 61 beziehungsweise 62 Jahren, für die AfD bei 54 und für die Linke bei 45 Jahren. Für die Linke liegt außerdem eine im Januar 2026 veröffentlichte Parteiangabe für Ende 2025 vor: Das Durchschnittsalter sank weiter auf 38,6 Jahre (Deutschlandfunk, 2026). Die AfD meldet abweichende Altersklassen; für das BSW werden gesondert Parteiangaben vom Juli 2025 verwendet (Niedermayer, 2025, S. 23–27, Tab. 18; dpa, 2025).

Partei und Stichtag	Durchschnittsalter in Jahren	Jüngere Mitglieder in Prozent	Ältere Mitglieder in Prozent
CDU 2021 / 2024	61 / 61	5,6 / 5,5 (bis 30 Jahre)	52,5 / 53,1 (ab 61 Jahre)
CSU 2021 / 2024	60 / 61	4,6 / 4,3 (bis 30 Jahre)	51,4 / 52,9 (ab 61 Jahre)
SPD 2021 / 2024	61 / 62	8,7 / 7,9 (bis 30 Jahre)	54,2 / 56,1 (ab 61 Jahre)
AfD 2021 / 2024	n. v. / 54	11,6 / 12,8 (16–35 Jahre)	27,0 / 24,4 (ab 65 Jahre)
Die Linke 2021 / 2024	52 / 45	22,5 / 31,9 (bis 30 Jahre)	40,7 / 30,8 (ab 61 Jahre)
Die Linke Ende 2025	38,6	n. v.	n. v.
BSW Juli 2025	54	20 (unter 40 Jahre)	n. v.

Tabelle 5. Altersstruktur der Parteimitgliedschaften. Wertepaare: 31.12.2021 / 31.12.2024; zusätzliche Zeile für die Linke: Ende 2025; BSW: Juli 2025. Altersgrenzen stehen in den Zellen und unterscheiden sich bei AfD und BSW; deren Gruppenanteile sind nicht unmittelbar mit denen der übrigen Parteien vergleichbar. n. v.: nicht verfügbar beziehungsweise für den betreffenden Stichtag in der verwendeten Quelle nicht ausgewiesen. Eigene Summen aus gerundeten Altersklassen; unterschiedliche Mindestbeitrittsalter. Quellen: Niedermayer (2025, S. 23–27, Tab. 18); Linke Ende 2025: Deutschlandfunk (2026), veröffentlicht am 24. Januar; BSW: Angaben von Amira Mohamed Ali laut dpa (2025).

Der Vergleich zeigt unterschiedliche Möglichkeiten organisatorischer Erneuerung. Bei der Linken sank das Durchschnittsalter zwischen Ende 2021 und Ende 2024 von 52 auf 45 Jahre; der Anteil bis 30 Jahre stieg von 22,5 auf 31,9 Prozent, während der Anteil ab 61 Jahre von 40,7 auf 30,8 Prozent zurückging. Nach der im Januar 2026 veröffentlichten Auskunft der Parteivorsitzenden sank der Altersdurchschnitt bis Ende 2025 weiter auf 38,6 Jahre. Für diesen neueren Stand weist der verwendete Bericht keine vergleichbaren Altersgruppenanteile aus; sie lassen sich aus dem Durchschnittsalter nicht ableiten (Deutschlandfunk, 2026). Die AfD war 2024 im Durchschnitt jünger als Union und SPD, aber keine überwiegend junge Mitgliederpartei: 62,7 Prozent waren 36 bis 64 Jahre alt. Für das BSW berichtete die damalige Co-Vorsitzende Mohamed Ali im Juli 2025 von durchschnittlich 54 Jahren und einem Fünftel unter 40 Jahren. Ein für alle sechs Parteien identischer Stichtagsvergleich liegt damit nicht vor. Auch Mitgliedschaft und Wählerschaft sind auseinanderzuhalten; eine jüngere Organisation allein beweist weder breitere gesellschaftliche Verankerung noch demokratische Integrationsfähigkeit (Niedermayer, 2025, S. 26–27; dpa, 2025).

Alter allein beschreibt weder Engagement noch politische Offenheit. Ältere Mitglieder tragen vielfach den örtlichen Parteibetrieb und verfügen über wertvolle Erfahrung. Das Problem entsteht, wenn jüngere Lebenslagen organisatorisch zu selten vorkommen und die aktive Mitarbeit schwer mit Beruf, Sorgearbeit oder räumlicher Mobilität vereinbar ist. Dann werden Interessen Jüngerer erst über Umfragen sichtbar, statt im laufenden Parteialltag vertreten zu sein. Die politische Organisation nimmt die Gesellschaft überwiegend von außen wahr. Ihre Fähigkeit, neue Anliegen frühzeitig aufzunehmen, kann darunter leiden.

Die Befunde zu Alter, Erwerbsstellung und Mitgliedschaft beschreiben verschiedene Seiten sozialer Verankerung. Erwerbskategorien dürfen dabei nicht unmittelbar mit sozialen Klassen gleichgesetzt werden. Ein gut bezahlter Facharbeiter, eine befristet beschäftigte Akademikerin und ein kleiner Selbstständiger verfügen über unterschiedliche Ressourcen, können aber ähnliche Zukunftsängste teilen. Bourdieu unterscheidet deshalb ökonomisches Kapital, etwa Einkommen und Vermögen, kulturelles Kapital, etwa Bildung und beruflich verwertbare Kenntnisse, sowie soziales Kapital in Form tragfähiger Beziehungen. Ihre Verteilung und Zusammensetzung beeinflussen Handlungsmöglichkeiten und gesellschaftliche Anerkennung. Politische Orientierung entsteht innerhalb dieses sozialen Raums, ohne aus einer einzelnen Berufsbezeichnung abgeleitet werden zu können (Bourdieu, 1982; Bourdieu, 2001).

Damit wird verständlich, warum ökonomische Unsicherheit und kulturelle Konflikte zusammenwirken können. Wer über Vermögen verfügt, kann Preissteigerungen und Übergangsphasen anders bewältigen als jemand ohne Rücklagen. Wer viel Bildungskapital besitzt, findet sich in technischer und politischer Fachsprache häufig leichter zurecht. Wer dagegen dauerhafte Missachtung erlebt, kann dieselbe Reform als Zumutung einer fremden sozialen Welt verstehen. Das erklärt nicht automatisch eine bestimmte Wahlentscheidung. Es lenkt die Untersuchung auf Erfahrungen von Sicherheit, Einfluss und Anerkennung, die eine bloße Gegenüberstellung von links und rechts übersieht.

Bourdieus Begriff des politischen Feldes ergänzt diese Betrachtung. Parteikarrieren, Ämter, Fachsprache und interne Anerkennung folgen eigenen Regeln. Eine Partei kann organisatorisch bestehen bleiben und dennoch Distanz zu Menschen entwickeln, die diese Regeln nicht beherrschen. Erneuerung verlangt deshalb veränderte Zugänge und Mitsprache, nicht allein neue Gesichter an der Spitze (Bourdieu, 1982; Bourdieu, 2001). Die bisher sichtbaren sozialen Unterschiede werden im folgenden Kapitel mit den regionalen Wahlergebnissen und Wanderungen verbunden; Kapitel 6 prüft anschließend ihre Bedeutung für gesellschaftliche Vermittlung.

4 Landtagswahlen zwischen Gegenbewegung und regionalem Einbruch

Landtagswahlen widersprechen der Vorstellung eines einheitlichen Abstiegs. Zwischen 2021 und 2026 blieben CDU, CSU und SPD in mehreren Ländern führende Kräfte. Die Unterschiede sind so groß, dass ein ungewichtetes Mittel ihrer Länderergebnisse wenig erklären würde. Die Bundesländer unterscheiden sich in Bevölkerung, Wahlsystem, Konkurrenzangeboten, politischen Traditionen und der Bedeutung ihrer Spitzenkandidaten. Der folgende Überblick zeigt deshalb die einzelnen Ergebnisse. Er umfasst die Landesparlamentswahlen im Untersuchungszeitraum einschließlich der Berliner Wiederholungswahl (Bundeswahlleiterin, o. J.a; Landeswahlleiter Berlin, o. J.; Landeswahlleitung Brandenburg, o. J.; Landeswahlleitung Sachsen, 2024; Thüringer Landesamt für Statistik, 2024; Bundeswahlleiterin, o. J.b; Bayerischer Landeswahlleiter, 2026; Baden-Württemberg, 2026; Landeswahlleiter Rheinland-Pfalz, 2026; Bundeswahlleiterin, 2026b; Bundeswahlleiterin, 2026a; Landeswahlleiter Berlin, 2026).

Land	Jahr	CDU beziehungsweise CSU	SPD
Baden-Württemberg	2021	24,1	11,0
Rheinland-Pfalz	2021	27,7	35,7
Sachsen-Anhalt	2021	37,1	8,4
Berlin	2021	18,0	21,4
Mecklenburg-Vorpommern	2021	13,3	39,6
Saarland	2022	28,5	43,5
Schleswig-Holstein	2022	43,4	16,0
Nordrhein-Westfalen	2022	35,7	26,7

Land	Jahr	CDU beziehungsweise CSU	SPD
Niedersachsen	2022	28,1	33,4
Berlin Wiederholungswahl	2023	28,2	18,4
Bremen	2023	26,2	29,8
Hessen	2023	34,6	15,1
Bayern	2023	37,0 CSU	8,4
Sachsen	2024	31,9	7,3
Thüringen	2024	23,6	6,1
Brandenburg	2024	12,1	30,9
Hamburg	2025	19,8	33,5
Baden-Württemberg	2026	29,7	5,5
Rheinland-Pfalz	2026	31,0	25,9
Sachsen-Anhalt	2026	17,2	9,3
Mecklenburg-Vorpommern	2026	4,9	35,5
Berlin	2026	18,8	12,1

Tabelle 6. Parteianteile an den für die Sitzverteilung maßgeblichen Stimmen in Prozent. Bayern: Gesamtstimmen; Bremen und Hamburg: jeweilige Landesstimmenauswertung. Das ursprüngliche Berliner Ergebnis von 2021 erscheint nur zum historischen Vergleich; es wurde durch die Wiederholungswahl 2023 ersetzt. Diese begründete keine zusätzliche reguläre Wahlperiode. Quellen und Standhinweise im Literaturverzeichnis (Bundeswahlleiterin, o. J.a; Landeswahlleiter Berlin, o. J.; Landeswahlleitung Brandenburg, o. J.; Landeswahlleitung Sachsen, 2024; Thüringer Landesamt für Statistik, 2024; Bundeswahlleiterin, o. J.b; Bayerischer Landeswahlleiter, 2026; Baden-Württemberg, 2026; Landeswahlleiter Rheinland-Pfalz, 2026; Bundeswahlleiterin, 2026b; Bundeswahlleiterin, 2026a; Landeswahlleiter Berlin, 2026).

Schleswig-Holstein 2022 mit 43,4 Prozent für die CDU und das Saarland mit 43,5 Prozent für die SPD bilden deutliche regionale Gegenbewegungen. Die SPD blieb außerdem 2022 in Niedersachsen, 2023 in Bremen, 2024 in Brandenburg und 2025 in Hamburg die stärkste Kraft. Diese Gegenbewegungen begrenzen die Niedergangsdiagnose: Regionale Anerkennung kann fortbestehen, während die nationale Parteimarke schwächer wird. Eine dauerhafte Regeneration wäre an mehreren Wahlen und erneuerten gesellschaftlichen Beziehungen zu prüfen.

Ein Erklärungsansatz liegt in der Verbindung von bekannten Führungspersonen, örtlichen Netzwerken und sichtbarer Regierungsarbeit. Hinzu kommen strategische Stimmen gegen einen unerwünschten Wahlsieger. In einem stark polarisierten Wettbewerb kann eine Landespartei Wähler erreichen, die ihr auf Bundesebene nicht nahe stehen. Solche Erfolge müssen deshalb danach beurteilt werden, ob sie über mehrere Wahlen halten, neue Mitglieder und gesellschaftliche Beziehungen hervorbringen und sich in eine belastbare politische Identifikation übersetzen. Ein einzelnes Ergebnis misst diese Qualität nicht.

Die ostdeutschen Wahlen 2024 verdeutlichen diese Unterschiede besonders deutlich. Die SPD konnte 2024 in Brandenburg 30,9 Prozent erreichen, blieb in Sachsen und Thüringen dagegen einstellig. Das BSW erzielte in diesen drei Ländern erhebliche Anteile und eröffnete zusätzliche Koalitionsoptionen beziehungsweise Schwierigkeiten. Gemeinsam mit der Stärke der AfD veränderte es den Wettbewerb aus einer übersichtlichen Konkurrenz von Union, SPD und kleineren Partnern. Die regionale Parteienkonkurrenz wird komplexer, während bundespolitische Kategorien häufig zu grob bleiben (Landeswahlleitung Sachsen, 2024; Thüringer Landesamt für Statistik, 2024; Landeswahlleitung Brandenburg, o. J.; Bundeswahlleiterin, o. J.a).

2026 verschärfte sich die regionale Ungleichheit. In Baden-Württemberg verbesserte sich die CDU gegenüber 2021, während die SPD auf 5,5 Prozent fiel. In Rheinland-Pfalz gewann die CDU, während die

SPD einen erheblichen Rückgang erlitt. In Mecklenburg-Vorpommern blieb die SPD mit 35,5 Prozent vergleichsweise stark, obwohl sie gegenüber 2021 verlor; die CDU scheiterte mit 4,9 Prozent an der Mandatsschwelle. Das ist ein Gegenbefund zur pauschalen Vorstellung, die SPD sei überall schwächer als die Union. Sicher aber kein Beleg für einen ungebrochenen sozialdemokratischen Aufstieg (Baden-Württemberg, 2026; Landeswahlleiter Rheinland-Pfalz, 2026; Bundeswahlleiterin, 2026b; Bundeswahlleiterin, 2026a; Landeswahlleiter Berlin, 2026).

Sachsen-Anhalt zeigt die Grenzen früherer Erfolgsmodelle besonders scharf. Auf 37,1 Prozent der CDU 2021 folgten 2026 17,2 Prozent; die SPD blieb mit 9,3 Prozent auf niedrigem Niveau. In Berlin verloren bei der Wahl 2026 sowohl die CDU als auch die SPD deutlich gegenüber der Wiederholungswahl 2023, während die Linke stärkste Partei wurde. Parteipolitische Erosion kann demnach rechte oder linke Konkurrenz stärken und in derselben Region unterschiedliche Richtungen annehmen. Sie ist nicht mit einem einheitlichen Rechtsruck gleichzusetzen (Bundeswahlleiterin, 2026b; Bundeswahlleiterin, 2026a; Landeswahlleiter Berlin, 2026).

Wählerwanderung im regionalen Einzelvergleich

Die Gesamtergebnisse beschreiben die veränderten Kräfteverhältnisse; die Wanderungsmodelle zeigen ergänzend, aus welchen Zu- und Abflüssen sie hervorgehen. Die folgenden Tabellen enthalten ausgewählte Nettosalden in Tausend Wählenden gegenüber der jeweiligen Vorwahl: +29 bedeutet einen Nettogewinn von 29.000 gegenüber der genannten Partei oder Gruppe, −29 einen entsprechenden Nettoverlust. In Bayern ist die CSU, in den übrigen Ländern die CDU ausgewiesen. Die Salden erfassen keine Bruttoströme und keine individuellen Motive.

Die Auswahl beruht auf den verlinkten ARD-Wahlanalysen und umfasst nicht sämtliche Landeswahlen dieses Zeitraums. Die verwendeten Grafiken zeigen teilweise nur ausgewählte Beziehungen; fehlende Angaben bedeuten weder null noch das Fehlen einer Wanderung. Demografischer Austausch ist nicht enthalten. Deshalb werden keine vollständigen Gesamtsalden berechnet. Wegen unterschiedlicher Landesgrößen dürfen absolute Zahlen nicht als Rangfolge der Bindungskraft gelesen werden; ein arithmetisches Mittel wird nicht gebildet.

Tabelle 7a. Ausgewählte Wählerwanderungsbilanzen der Landtagswahlen 2021 bis 2025 (Nettosalden in Tausend).

Land und Vergleichszeitraum	CDU beziehungsweise CSU	SPD
Mecklenburg-Vorpommern 2016–2021 Quelle	CDU: SPD −29; AfD +1; Linke −1; Grüne −3; FDP −5; Nichtwähler +17; Sonstige −2.	CDU +29; AfD +12; Linke +14; FDP −1; Nichtwähler +58; Sonstige +3.
Saarland 2017–2022 Quelle	CDU: SPD −33; Linke +2; AfD −1; Grüne −3; FDP −5; Nichtwähler −19; Sonstige −6.	CDU +33; Linke +17; AfD +1; Grüne +3; Nichtwähler −2; Sonstige −4.
Schleswig-Holstein 2017–2022 Quelle	CDU: SPD +61; Grüne +9; FDP +47; AfD +9; SSW +1; Nichtwähler +19; Sonstige +4.	CDU −61; Grüne −37; FDP +1; AfD −1; SSW −14; Nichtwähler −27; Sonstige −1.
Bayern 2018–2023 Quelle	CSU: Grüne +110; Freie Wähler −140; AfD −80; SPD +60; FDP +60; Nichtwähler +90; Sonstige +60.	CSU −60; Grüne +50; Freie Wähler −30; AfD −20; Nichtwähler −10; Sonstige +10.
Sachsen 2019–2024 Quelle	CDU: SPD +18; Linke +19; Grüne +31; Nichtwähler +78; BSW −43; AfD −44.	Linke +8; Grüne +21; Nichtwähler +9; AfD −5; BSW −16; CDU −18.

Land und Vergleichszeitraum	CDU beziehungsweise CSU	SPD
Thüringen 2019–2024 Quelle	CDU: Grüne +9; SPD +15; FDP +16; Nichtwähler +23; Linke +39; BSW −18; AfD −28.	Grüne +4; Linke +6; Nichtwähler +8; AfD −5; BSW −12; CDU −15.
Hamburg 2020–2025 Quelle	CDU: Grüne +7; Nichtwähler +20; SPD +23.	AfD −4; Nichtwähler +12; Grüne +19; CDU −23.

Quelle: ARD / Infratest dimap; direkte Quellenlinks in jeder Tabellenzeile. Gerundete Modellschätzungen aus den verlinkten Wahlanalysen; die jeweiligen Vergleichszeiträume stehen in der ersten Spalte.

Tabelle 7b. Ausgewählte Wählerwanderungsbilanzen der Landtagswahlen 2026 (Nettosalden in Tausend).

Land und Vergleichszeitraum	CDU beziehungsweise CSU	SPD
Baden-Württemberg 2021–2026 Quelle	CDU: SPD +60; AfD −80; Nichtwähler +130; FDP +145; Grüne +165.	AfD −35; CDU −60; Grüne −100.
Rheinland-Pfalz 2021–2026 Quelle	CDU: Grüne +11; Freie Wähler +11; FDP +30; AfD −40; Nichtwähler +40; SPD +80.	Freie Wähler −6; Linke −7; Nichtwähler +8; Grüne +11; AfD −35; CDU −80.
Sachsen-Anhalt 2021–2026 Quelle	CDU: FDP −2; Linke −7; BSW −12; Grüne −18; SPD −19; Nichtwähler +30; AfD −83.	FDP +2; Grüne −2; AfD −6; BSW −6; Nichtwähler +18; CDU +19.
Berlin 2023–2026 Quelle SPD-Quelle	CDU: BSW −7; SPD +9; Nichtwähler +10; Linke −16; AfD −60.	Grüne −6; BSW −7; AfD −8; CDU −9; Nichtwähler +18; Linke −39.
Mecklenburg-Vorpommern 2021–2026 Quelle	CDU: Grüne −2; BSW −2; FDP +5; SPD −25; AfD −32.	Grüne +6; FDP +10; BSW −12; Linke +15; Nichtwähler +16; CDU +25; AfD −48.

Quelle: ARD / Infratest dimap; direkte Quellenlinks in jeder Tabellenzeile. Gerundete Modellschätzungen aus den verlinkten Wahlanalysen; die jeweiligen Vergleichszeiträume stehen in der ersten Spalte.

Die Bilanzen zeigen, wie verschiedene Bewegungen im Gesamtergebnis zusammenkommen. In Baden-Württemberg gewann die CDU 2026 im Saldo von Grünen, FDP und SPD, verlor aber an die AfD. In Rheinland-Pfalz wechselten netto 80.000 Stimmen von der SPD zur CDU, während auch dort beide Parteien an die AfD verloren. Ein Zugewinn kann somit bestehende Abwanderung verdecken. Die Tabellen verdeutlichen damit den Unterschied zwischen einem günstigen Wahlergebnis und der Stabilität einzelner gesellschaftlicher Bindungen (ARD / Infratest dimap, Quellen der Tabellen 7a und 7b).

Die regionalen Ergebnisse und Wanderungen ergänzen einander: Sie zeigen sowohl fortbestehende Bindungen als auch deren Umbau. Für die theoretische Prüfung in Kapitel 6 bleibt entscheidend, ob Erfolge dauerhafte Beziehungen tragen oder überwiegend auf Personen und Wahlkonstellationen beruhen. Eine besonders ausgeprägte Verbindung von regionaler Identität, Organisation und Regierungsmacht bietet Bayern. Dieser Fall wird deshalb vor der übergreifenden Erklärung gesondert untersucht.

5 Bayern als besonderer Fall

Die CSU vereint eine regionale Parteiorganisation mit bundespolitischer Beteiligung. Sie konkurriert in Bayern ohne CDU-Landesverband, arbeitet im Bundestag aber mit der CDU zusammen. Dadurch kann sie sich zugleich als Vertreterin bayerischer Eigenständigkeit und als Teil nationaler Regierungsmacht darstellen. Der historische Erfolg bestand darin, wirtschaftliche Modernisierung, konservative

Wertbindungen, regionale Identität und staatliche Leistungsfähigkeit zu verbinden. Diese Verbindung lässt sich als besonders dichte regionale Form gesellschaftlicher Führung interpretieren; sie ist nicht allein aus einer konservativen Programmatik zu erklären.

Die längerfristigen Ergebnisse zeigen dennoch einen erheblichen Verlust ihrer Vorrangstellung. Von 62,1 Prozent 1974 sank die CSU bis 2023 auf 37,0 Prozent. Das war ihr schwächstes Landtagswahlergebnis seit 1950, nicht das niedrigste ihrer gesamten Geschichte. Der Rückgang verlief mit ausgeprägten Zwischenbewegungen: 2003 erreichte sie nochmals 60,7 Prozent, 2013 erholte sie sich nach dem Einbruch 2008 (Bayerischer Landeswahlleiter, 2026, S. 8).

Landtagswahl	CSU	SPD
1970	56,4	33,3
1974	62,1	30,2
1982	58,3	31,9
1994	52,8	30,0
2003	60,7	19,6
2008	43,4	18,6
2013	47,7	20,6
2018	37,2	9,7
2023	37,0	8,4

Tabelle 8. Ausgewählte bayerische Landtagswahlergebnisse, Gesamtstimmenanteile in Prozent. Quelle: Bayerischer Landeswahlleiter, historische Ergebnisse, korrigierte Fassung vom 12. Mai 2026 (Bayerischer Landeswahlleiter, 2026, S. 8).

Der Verlust ist erheblich, lässt aber die organisatorische Sonderstellung der CSU bestehen. Ihre regionale Präsenz und die starke Stellung in der Staatsregierung unterscheiden sie weiterhin von vielen Landesverbänden anderer Parteien. Die Koalition mit den Freien Wählern dokumentiert allerdings, dass die frühere Alleinregierung durch eine geteilte Machtbasis ersetzt wurde. Der Koalitionsvertrag von 2023 verbindet Heimatbindung und Modernisierung ausdrücklich mit Freiheit, Sicherheit und Wohlstand. Als politische Selbstdarstellung zeigt er die fortbestehende Integrationsabsicht, beweist aber noch nicht deren gesellschaftliche Wirkung (Bayerische Staatsregierung / CSU und Freie Wähler, 2023).

Ihre Konkurrenz greift diese Verbindung von verschiedenen Seiten an. Die Freien Wähler bieten eine regional und kommunal geprägte Alternative, die nicht als grundlegender Bruch mit dem bayerischen Regierungsmodell erscheinen muss. Die AfD richtet Unzufriedenheit auf nationale Zugehörigkeit und institutionelles Misstrauen. Grüne Angebote konkurrieren um ökologisch orientierte und stärker urban geprägte Lebenswelten. Die CSU steht damit vor einem Problem, das sich durch bloße Verschärfung konservativer Signale kaum lösen lässt: Unterschiedliche Gruppen erwarten verschiedene Formen von Sicherheit, Modernisierung und Zugehörigkeit. Ihre frühere politische Klammer ist weniger selbstverständlich geworden.

Noch tiefer fällt die Erosion der bayerischen SPD aus. Sie erreichte 1970 33,3 Prozent und 1982 noch 31,9 Prozent. Auch ihre Zwischengewinne, etwa 1994 und 2013, änderten die längerfristige Schwächung nicht. 2023 lag sie bei 8,4 Prozent. Damit ist sie im landesweiten Wettbewerb keine annähernd gleich starke Alternative zur CSU mehr. Die Veränderung betrifft den Anspruch, im ganzen Land unterschiedliche Gruppen zu einem Regierungsprojekt zusammenzuführen; örtliche Verankerung kann gleichwohl fortbestehen (Bayerischer Landeswahlleiter, 2026, S. 8).

Für die Erklärung ist zwischen bundespolitischer Belastung und einer eigenständigen regionalen Schwäche zu unterscheiden. Der bayerischen SPD fehlt seit Langem eine glaubwürdige landesweite Aussicht auf Regierungsführung. Wer Wechsel und Modernisierung sucht, kann deshalb zu Grünen oder

anderen Angeboten greifen, ohne die SPD als notwendigen politischen Mittelpunkt zu betrachten. Der Erfolg der CSU als Repräsentantin Bayerns erschwerte zudem eine konkurrierende Erzählung, die soziale Interessen mit regionaler Identifikation verbunden hätte. Diese Erklärung ist eine interpretative Hypothese, deren genaue Stärke anhand regionaler Wahlstudien, Organisationsdaten und politischer Biografien weiter zu prüfen wäre.

Den historischen Befund ergänzt der BR24 BayernTrend vom 20. Oktober 2026: Die CSU erreicht 36 Prozent, drei Punkte weniger als im Januar. Die AfD steigt um zwei Punkte auf ihren bisherigen Erhebungshöchstwert von 21 Prozent, die Grünen ebenfalls um zwei auf 15 Prozent. Freie Wähler und SPD bleiben bei neun beziehungsweise acht Prozent, die Linke steigt auf vier Prozent; sonstige Parteien erreichen zusammen sieben Prozent. Infratest dimap befragte vom 12. bis 17. Oktober 1.207 Wahlberechtigte telefonisch und online. Die Werte messen Wahlabsichten, keine Wahlergebnisse oder individuellen Wanderungen (Bayerischer Rundfunk, 2026).

Auch die Personenbewertungen differenzieren das Bild: Mit Söder sind 48 Prozent zufrieden und 49 Prozent unzufrieden. Zugleich halten 59 Prozent Ilse Aigner für eine geeignete Bundespräsidentin, darunter Mehrheiten der CSU-, Freie-Wähler-, Grünen- und SPD-Anhängerschaft. Personenbezogene Anerkennung kann somit über Parteigrenzen reichen, ohne entsprechende Stimmengewinne zu garantieren. Die Umfrage passt zur Diagnose einer geschwächten, aber fortbestehenden CSU-Vorrangstellung und einer weiterhin schwachen SPD. Den Einfluss bundespolitischer Belastungen auf diese Werte isoliert sie nicht (Bayerischer Rundfunk, 2026).

Bayern zeigt zwei unterschiedliche Formen des Niedergangs: Bei der CSU erodiert die frühere Vorrangstellung bei fortbestehender institutioneller Macht; bei der SPD ist der landesweite volksparteiliche Anspruch wesentlich stärker ausgehöhlt. Örtliche Bindungen können dennoch fortbestehen. Der Vergleich verdeutlicht damit ein allgemeineres Problem: Stimmenverluste, institutionelle Macht und gesellschaftliche Führung können sich unterschiedlich entwickeln. Kapitel 6 entwickelt den theoretischen Maßstab, um diese Entwicklungen aufeinander zu beziehen.

6 Der historische Block und die Erosion seines gesellschaftlichen Kompromisses

6.1 Hegemonie und gesellschaftliche Bündnisse

Gramscis Begriff des historischen Blocks bezeichnet eine Verbindung von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen, Institutionen und kulturellen Deutungen. Er ist nicht gleichbedeutend mit einer Regierungskoalition oder einer Übereinkunft wirtschaftlicher und politischer Eliten. Ein historischer Block besteht, wenn unterschiedliche soziale Kräfte durch materielle Kompromisse und gemeinsame Vorstellungen über die gesellschaftliche Ordnung verbunden werden. Hegemonie bedeutet dabei Führung durch die Organisation von Zustimmung. Sie schließt Konflikte und staatlichen Zwang nicht aus, beruht aber darauf, dass eine Ordnung über ihren engsten Trägerkreis hinaus als sinnvoll oder tragfähig gilt (Gramsci, 1991–2002, H. 6, § 88; H. 13, §§ 17 und 23).

Gramscis Unterscheidung von politischer Vorherrschaft und gesellschaftlicher Führung erlaubt es, die vorangegangenen Befunde aufeinander zu beziehen: Ein Wahlsieg kann mit schwindender Zustimmung zum längerfristigen Gesellschaftsprojekt zusammenfallen. Zivilgesellschaftliche Bindungen sind deshalb ebenso zu berücksichtigen wie staatliche Ämter (Gramsci, 1999, S. 212; 1991–2002, H. 19, § 24).

CDU, CSU und SPD werden hier als wichtige politische Vermittler eines bundesrepublikanischen historischen Blocks verstanden. Sie sind nicht seine einzigen Bestandteile. Ökonomisch gehören dazu Unternehmen und ihre Verbände, Eigentümer- und Finanzinteressen, aber auch die unterschiedlichen Beschäftigtengruppen, deren Mitwirkung das Wirtschaftsmodell trägt. Sozial vermitteln Gewerkschaften, Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Berufsorganisationen und kommunale Netzwerke zwischen Alltag und Institutionen. Politisch wirken neben den Parteien Parlament, Regierung, Verwaltung und föderale

Strukturen. Die Gewichte und Beziehungen dieser Akteure verändern sich; sie bilden keinen geschlossenen, konfliktfreien Verband.

Vom historischen Block ist der herrschende Block als Bündnis gesellschaftlich dominanter Kräfte zu unterscheiden. Im vorliegenden Essay betrifft dies insbesondere unterschiedliche Kapital- und Eigentümerinteressen und ihre politische Vermittlung. Beschäftigte, Gewerkschaften oder soziale Verbände sind deshalb nicht schon gleichberechtigte Bestandteile eines herrschenden Blocks, weil ihre Interessen in Kompromisse aufgenommen werden. Die Parteien organisieren solche Verbindungen in unterschiedlicher Weise. Ihr Bedeutungsverlust könnte sowohl die Krise eines bisherigen Bündnisses als auch dessen Umbau unter neuer politischer Führung anzeigen. Welche wirtschaftlichen Akteure dabei Einfluss gewinnen, muss eigens untersucht werden.

Die tragende Erzählung der Nachkriegsordnung verband wirtschaftlichen Erfolg mit sozialer Sicherheit und demokratischer Stabilität. Individuelle Leistung sollte Aufstieg ermöglichen, Wachstum Spielräume für Verteilung schaffen, Sozialversicherungen Lebensrisiken begrenzen und institutionelle Kompromisse Konflikte zivilisieren. Union und SPD gaben diesem Zusammenhang unterschiedliche Akzente. Die Union betonte Eigentum, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Ordnung, die SPD soziale Absicherung, Teilhabe und organisierte Arbeitnehmerinteressen. Gerade diese Unterschiede konnten zur Stabilität beitragen, weil sie Konflikte innerhalb einer weithin geteilten Ordnung politisch bearbeitbar machten (Jesse, 2021; Koß, 2025).

6.2 Langfristige Erosion der Vermittlungsstrukturen

Die in Kapitel 1 erläuterten Vergleichsjahre markieren keinen einheitlichen Krisenbeginn. Gesellschaftlicher Wandel und die Lockerung älterer Bindungen reichen weiter zurück. Die nach 1998 verfolgte Regierungspolitik der SPD und spätere Reformen können die weitere Entwicklung mit erklären, nicht aber allein den Ursprung sämtlicher Bindungsverluste. Zunehmende Dienstleistungsarbeit, veränderte Beschäftigungsformen, räumliche Mobilität und kulturelle Pluralisierung lösten ältere Milieubindungen. Die deutsche Einheit fügte gesellschaftliche Erfahrungen hinzu, die in westdeutschen Parteitraditionen nur begrenzt aufgehoben waren. Wirtschaftliche Öffnung und politische Modernisierung wurden von Teilen der Bevölkerung als Chance, von anderen als Kontroll- oder Statusverlust erlebt. Die Schwächung der Volksparteien ist deshalb auch ein Ergebnis gesellschaftlichen Wandels. Es wäre jedoch unzureichend, ihre eigene Politik und ihre veränderten Vermittlungsformen aus der Erklärung herauszunehmen.

Seit 2021 verschärften Pandemieerfahrungen, Ukraine-Krieg, Energiekrise und Preissteigerungen die Unsicherheit. Die amtlichen Jahresraten der Inflation betrugen 2021 3,1 Prozent, 2022 6,9 und 2023 5,9 Prozent; 2024 und 2025 lagen sie jeweils bei 2,2 Prozent. Eine niedrigere Inflationsrate senkt das inzwischen erreichte Preisniveau nicht. Gleichzeitig blieb die wirtschaftliche Entwicklung schwach; Destatis meldete für 2025 zunächst lediglich 0,2 Prozent reales Wachstum nach den Rückgängen der Vorjahre. Für das gesamte Jahr 2026 liegt auch am 19. Oktober noch kein endgültiges Jahresergebnis vor. Die Kombination aus erhöhten Lebenshaltungskosten und begrenzten Zukunftsaussichten belastet das Versprechen eines breiten Wohlstandsgewinns (Statistisches Bundesamt, 2026a; Statistisches Bundesamt, 2026b).

Die im Oktober veröffentlichte Preisstatistik zeigt zugleich erneuten Druck: Im September 2026 lag die Inflationsrate gegenüber dem Vorjahresmonat bei 3,3 Prozent, die Kerninflation ohne Nahrungsmittel und Energie bei 2,4 Prozent. Die Bundesregierung erwartet in ihrer Herbstprojektion vom 8. Oktober für 2026 ein reales Wachstum von 1,3 Prozent, für 2027 von 1,1 und für 2028 von 0,6 Prozent. Diese Prognose ist weder ein endgültiges Jahresergebnis noch eine Schätzung des Potenzialwachstums. Eine konjunkturelle Erholung und anhaltende Belastungen der Haushalte können gleichzeitig auftreten (Bundesregierung, 2026c; Statistisches Bundesamt, 2026c).

Auch die institutionellen Vermittlungswege haben an Reichweite verloren. Nach dem IAB-Betriebspanel arbeiteten 2024 bundesweit 41 Prozent der Beschäftigten in Betrieben mit Branchentarifvertrag und

weitere acht Prozent in Betrieben mit Haustarifvertrag. Damit sind erhebliche Teile der Beschäftigten nicht tarifgebunden. Über die Reichweite betrieblicher Interessenvertretung geben diese Tarifbindungszahlen allein keine Auskunft (Hohendanner / Kohaut, 2025).

Die gewerkschaftliche Mitgliederentwicklung ergänzt diesen Befund. Die DGB-Gewerkschaften zählten Ende 2021 insgesamt 5.729.371 Mitglieder, Ende 2025 noch 5.432.306; das entspricht einem Rückgang um 5,2 Prozent. Der Langfristvergleich mit 11,8 Millionen Mitgliedern 1991 zeigt eine wesentlich stärkere Schrumpfung, ist aber durch die damalige Vereinigung der Gewerkschaftsorganisationen und den anschließenden ostdeutschen Beschäftigungsabbau geprägt. Einzelne Gewerkschaften und Organisationskampagnen können gleichwohl Mitglieder gewinnen. Gewerkschaften sind parteipolitisch unabhängig; ihr Mitgliederrückgang beweist weder eine entsprechende Abwanderung von SPD-Wählern noch einen proportionalen Verlust ihrer tarifpolitischen Durchsetzungskraft (DGB, 2026b).

Auch die Kirchen verlieren an gesellschaftlicher Reichweite. Die katholische Kirche zählte 1990 gesamtdeutsch etwa 28,25 Millionen Mitglieder, 2024 noch 19,77 Millionen und 2025 schließlich 19,22 Millionen. Seit 1990 verlor sie damit etwa 9,03 Millionen Mitglieder beziehungsweise 32,0 Prozent. Bei den evangelischen Landeskirchen sank die Zahl von etwa 29,44 Millionen 1990 über knapp 18 Millionen 2024 auf etwa 17,4 Millionen 2025: ein Rückgang um etwa 12,04 Millionen beziehungsweise 40,9 Prozent. Zusammengenommen verloren beide Kirchen seit 1990 etwa 21,1 Millionen Mitglieder. Kirchenaustritte und demografische Veränderungen schwächen die organisatorische Grundlage konfessioneller Milieus. Mitgliedschaft ist jedoch weder mit aktiver religiöser Praxis noch mit einer bestimmten Parteipräferenz gleichzusetzen. Kirchliche Einrichtungen und Wohlfahrtsverbände bleiben gesellschaftlich bedeutsam; ihre soziale Infrastruktur löst sich nicht vollständig auf (EKD, 2026; Deutsche Bischofskonferenz, 2025; Deutsche Bischofskonferenz, 2026; Bundeszentrale für politische Bildung, o. J.).

Gewerkschaften und Kirchen schaffen gemeinsame Erfahrungen, Ansprechpartner und Orte politischer Verständigung. Ihre geringere Reichweite erschwert traditionelle Verbindungen zwischen Arbeitswelt und SPD sowie konfessionellen Milieus und Union. Neue Initiativen können Vermittlungsaufgaben übernehmen; schwindende Mitgliederzahlen allein bestimmen deshalb noch nicht die Qualität der verbliebenen Beziehungen. Gramscis Perspektive auf organisierte Zustimmung und Bourdieus Begriff des sozialen Kapitals lenken die Prüfung auf diese Verbindungen.

Materielle Zugeständnisse werden schwieriger, Aufstiegsversprechen weniger glaubwürdig und gesellschaftliche Erfahrungen ungleicher. Gramscis Unterscheidung zwischen institutioneller Macht und gesellschaftlicher Führung erklärt, warum Ämter und parlamentarische Mehrheiten dennoch Handlungsfähigkeit sichern können. Wo Politik die unterschiedlichen Lasten und Chancen nicht zu einem anerkannten Kompromiss verbindet, können beschlossene Reformen mit einem Verlust an Führungskraft einhergehen. Werden politische Notwendigkeiten als feststehend vermittelt, tritt an die Stelle einer gemeinsam entwickelten Zukunftsvorstellung die Verwaltung von Anpassung an äußere und innere Zwänge (Gramsci, 1991–2002, H. 6, § 88; H. 13, §§ 17 und 23).

Bourdieu richtet den Blick darauf, wessen Anliegen durch anerkannte Expertise und Sprachformen Gehör finden und wessen Erfahrungen abgewertet werden. Interessenvertretung verlangt tatsächliche Mitsprache (Bourdieu, 1982; Bourdieu, 2001). Gemeinsam mit Gramscis Ansatz ergibt sich daraus eine konkrete Prüfaufgabe: Über welche Organisationen, Deutungen und Kompromisse werden soziale Erfahrungen politisch wirksam? Die folgende Übersicht ordnet die verfügbaren Indikatoren dieser Frage zu.

6.3 Empirische Indikatoren eines Hegemonieverlusts

Die bisher ausgewerteten Daten lassen sich nun auf unterschiedliche Dimensionen gesellschaftlicher Führung beziehen. Die folgende Übersicht ordnet vorhandene Befunde zu; sie bildet keinen statistischen Hegemonieindex. Wahlanteile, Organisationsdaten und Einstellungsbefragungen werden weder addiert noch als gleichartige Messungen behandelt. Entscheidend ist, ob mehrere Dimensionen über längere Zeit

und in denselben gesellschaftlichen Gruppen gemeinsam erodieren. Einzelne Indikatoren können sich auch gegenläufig entwickeln.

Tabelle 9. Indikatoren geschwächter gesellschaftlicher Führung und Grenzen ihrer Aussagekraft. Eigene analytische Zuordnung der in Kapitel 2 bis 8 ausgewerteten Daten; Quellen in den Tabellenzeilen.

Dimension	Empirischer Befund	Einordnung und Grenze
Wahlpolitische Reichweite	Union 1994–2025: 41,4 auf 28,5 Prozent; SPD 1998–2025: 40,9 auf 16,4 Prozent (Bundeswahlleiterin, 1994; 1998; 2025b).	Langfristige Erosion; Zwischenhochs und regionale Erfolge widersprechen einem lückenlosen Absturz.
Organisatorische Vermittlung	Mittleres Mitgliedsalter 2024: CDU/CSU 61, SPD 62 Jahre; geringe junge Mitgliederanteile (Niedermayer, 2025, S. 23–24, Tab. 18).	Erschwerte Erneuerung von Bindungen; Alter misst weder Aktivität noch politische Überzeugungskraft.
Soziale Verankerung	SPD unter Arbeitern: 26 Prozent 2021, zwölf Prozent 2025; starke Länderunterschiede in Tabelle 4b (Infratest dimap / ARD, 2025a).	Hinweis auf geschwächte Arbeitnehmerrepräsentation; Beruf und Klassenlage sind nicht gleichzusetzen.
Politische Zustimmung	Im Oktober 2026 nur zehn Prozent mit der Bundesregierung zufrieden (Infratest dimap, 2026a).	Akute Zustimmungsschwäche; Regierungsunzufriedenheit belegt keine Ablehnung der Demokratie.
Anerkennung von Verteilung	80 Prozent bewerten die Reformlasten als ungerecht (Forschungsgruppe Wahlen, 2026d).	Hinweis auf einen Legitimitätskonflikt um den konkreten Kurs, nicht auf die Ablehnung jeder Reform.
Zugeschriebene Staatsleistung	2026 halten 17 Prozent den Staat für handlungsfähig, 79 Prozent für überfordert (forsa, 2026, S. 3–4).	Breiteres Vertrauensproblem; eine Wahrnehmung, keine objektive Messung staatlicher Funktionsfähigkeit.

Der in der Übersicht verwendete Staatsleistungsindikator stammt aus der dbb-Bürgerbefragung vom Juli 2026 mit 2.018 Befragten im forsa.omninet-Panel. 2021 hielten noch 45 Prozent den Staat für handlungsfähig, 2025 waren es 23 und 2026 nur noch 17 Prozent. Das zeigt eine über die kurze Amtszeit der aktuellen Regierung hinausreichende Entwicklung. Die Studie erfasst jedoch eine andere Grundgesamtheit und eine andere Frage als der DeutschlandTrend. Die Werte dürfen daher nicht unmittelbar mit dessen Regierungsbewertungen verrechnet werden (forsa, 2026, S. 1, 3–4).

Für die SPD ergibt sich aus der Verbindung von Arbeitnehmerverlusten, überalterter Organisation und umstrittener Sozialpolitik ein besonders ausgeprägtes Problem sozialer Vertretung. Für die CDU betrifft die Erosion vor allem den Anspruch, wirtschaftliche Kompetenz und breite Integration zu verbinden. Die CSU bewahrt dagegen nach den in Kapitel 5 untersuchten Befunden stärkere regionale Vermittlungsressourcen. Ein gemeinsamer bundesweiter Umfragewert der Union darf deshalb nicht als identischer Hegemonieverlust beider Parteien ausgegeben werden. Insgesamt stützen die Daten eine ungleiche Erosion ihrer Führungsfähigkeit; vollständigen Hegemonieverlust weisen sie nicht nach.

Kapitel 8 erschließt ausgewählte Positionen von Gewerkschaften, BDA und BDI und damit erste Momentaufnahmen organisierter Interessenkonflikte. Eine systematische Untersuchung ihrer Beziehungen zu Parteiführungen und staatlichen Entscheidungszentren bleibt erforderlich: Positionswechsel, Zugang zu Entscheidungen, Parteispenden, Bündnisse und tatsächliche Durchsetzungserfolge wären über längere Zeit zu verfolgen. Öffentliche Kritik allein beweist weder die Auflösung bestehender Verbindungen noch eine Krise des herrschenden Blocks. Ebenso fehlen Längsschnittdaten zur Zustimmung zu Eigentumsordnung, Sozialstaat und Demokratie. Der Schritt von Parteienerosion zu einer solchen Krise bleibt deshalb begründungsbedürftig.

6.4 Organische Krise und Interregnums-Tendenzen

Gramscis organische Krise betrifft die längerfristige Verbindung gesellschaftlicher Kräfte und ihrer politischen Repräsentation; sie geht über einen Regierungswechsel hinaus. Die Ablösung sozialer Gruppen von traditionellen Parteien ist dafür ein Ansatzpunkt. Auf Deutschland übertragen wäre zu prüfen, ob

wirtschaftliche Reproduktionsprobleme, Repräsentationsverluste und mangelnde Zustimmung dauerhaft ineinandergreifen (Gramsci, 1999, S. 450–453; 1991–2002, H. 13, § 23).

Für eine solche Tendenz spricht hier das Zusammentreffen mehrerer Prozesse: Die Wachstumsschwäche begrenzt verteilbare Spielräume, die zivile Transformation erzeugt Konflikte über Investitionen und Lasten, und frühere politische Vermittler verlieren organisatorische sowie wahlpolitische Reichweite. Die Finanzplanung kann die Spannung verschärfen, wenn das Erneuerungsversprechen mit Einschränkungen öffentlicher Leistungen kollidiert. Diese Verknüpfung ist plausibel, aber noch kein Nachweis eines einheitlichen Krisenmechanismus. Die Daten stammen aus unterschiedlichen Untersuchungen und bestimmen keine gemeinsame Kausalwirkung.

Gegen eine bereits umfassend ausgeprägte organische Krise sprechen die fortbestehende Regierungs- und Kompromissfähigkeit, das Funktionieren von Wahlen und föderalen Machtwechseln sowie regionale Erfolge unterschiedlicher Parteien. Auch die Ausweitung öffentlicher Investitionsmöglichkeiten belegt institutionelle Anpassungsfähigkeit, unabhängig von ihrer Verteilungswirkung. Die hohe Wahlbeteiligung 2025 widerspricht einem allgemeinen Rückzug aus politischer Beteiligung; sie schließt allerdings autoritäre oder systemkritische Mobilisierung nicht aus. Belastbar ist daher die Diagnose einer Repräsentations- und Vermittlungskrise mit möglichen organischen Vertiefungstendenzen. Eine umfassende Krise des herrschenden Blocks ist mit dem hier vorliegenden Material nicht abschließend belegt.

Interregnum meint bei Gramsci eine Konstellation, in der überlieferte Bindungen an Führungskraft verlieren, ohne dass sich eine neue tragfähige Ordnung durchsetzt. Gemeint ist kein institutionelles Machtvakuum und keine festgelegte Übergangsdauer. Der Ausgang bleibt offen (Gramsci, 1999, S. 556–557; 1991–2002, H. 3, § 34).

Merkmale eines Interregnums wären in Deutschland dort erkennbar, wo das frühere Versprechen von Wachstum, Aufstieg und Sicherheit an Glaubwürdigkeit verliert und mehrere konkurrierende Projekte um seine Nachfolge ringen. Kapitel 7 untersucht diese Konkurrenz. Der Aufstieg der AfD zeigt dabei eine rechte Verschiebung von Zustimmung, aber noch keine neue gesamtgesellschaftlich stabilisierte Hegemonie. Umgekehrt ist die Schwächung von Union und SPD nicht notwendig die Schwächung kapitalistischer Herrschaft: Ein umgebauter herrschender Block könnte unter veränderten Parteien oder autoritäreren Deutungen fortbestehen. Ob dies geschieht, bedarf einer eigenen Untersuchung seiner sozialen Träger, Programme und institutionellen Durchsetzung.

Die Deutung als Interregnum wäre daran zu prüfen, ob traditionelle Vermittlung längerfristig erodiert, ohne dass eine neue breit akzeptierte Verbindung von wirtschaftlicher Entwicklung, sozialer Sicherheit und politischer Führung entsteht. Eine dauerhaft erneuerte Zustimmung würde sie abschwächen. Die folgenden Kapitel untersuchen dafür konkrete Parteiangebote und Regierungspraxis.

7 Konkurrierende Partei-Erzählungen und die Erosion der Wählerbasis von Union und SPD

Welche Konkurrenzangebote schwächten seit 2024 die Wählerbasis von CDU, CSU und SPD? Im Mittelpunkt stehen drei Mechanismen: direkte Abwanderung, schwindende Glaubwürdigkeit bei früher gebundenen Interessen und eine unzureichende Ansprache neu hinzukommender Wählerschaften. Die AfD, die Linke, die Grünen und das BSW sind dabei unterschiedlich zu betrachten. Ihre Gewinne stammen auch aus gegenseitigen Wechseln oder der Mobilisierung früherer Nichtwähler; sie dürfen deshalb nicht pauschal als Verluste der Volksparteien verbucht werden. Die folgenden Abschnitte ergänzen die Wahlergebnisse aus Kapitel 2 und 4 um Wahlmotive und regionale Bedingungen. Wahlbefragungen zeigen Zusammenhänge und Selbstauskünfte, aber keine eindeutig isolierten Ursachen. Politische Erzählung meint dabei die Verbindung einer Problemdiagnose mit Verantwortungszuschreibungen, einem Zukunftsversprechen und einer Vorstellung davon, wer zu dessen Trägern gehört. Die folgenden Verdichtungen rekonstruieren programmatische Selbstdarstellungen; die

genannten Adressaten sind analytisch erschlossene Angebote, keine bereits nachgewiesenen Wählergruppen.

7.1 Die Erzählungen von Union und SPD

CDU, CSU und SPD besitzen weiterhin eigenständige politische Erzählungen. Ihr Problem ist die schwindende Verbindung zwischen diesen Angeboten, gesellschaftlichen Erfahrungen und positiv wahrgenommenen Ergebnissen.

Das gemeinsame Unionsprogramm für die Bundestagswahl 2025 verspricht einen Politikwechsel, der Leistung, wirtschaftliche Freiheit und staatliche Ordnung wieder zur Grundlage von Wohlstand machen soll (CDU/CSU, 2025; Bayerische Staatsregierung / CSU und Freie Wähler, 2023).

Bei der CDU steht die Erneuerung einer als erfolgreich erinnerten Sozialen Marktwirtschaft im Zentrum. Unternehmen, Mittelstand und Erwerbstätige sollen durch Entlastung, weniger Bürokratie und verlässlichere Rahmenbedingungen wieder investieren und Leistung erbringen können. Wirtschaftliche Dynamik soll anschließend die Finanzierung sozialer Sicherheit ermöglichen. Die Diagnose verbindet wirtschaftliche Schwäche mit politischer Fehlsteuerung und eingeschränkter Handlungsfähigkeit des Staates. Migration und innere Sicherheit werden in eine Ordnungserzählung eingebunden: Der Staat soll Regeln durchsetzen und berechenbar handeln. Das Angebot richtet sich programmatisch an wirtschaftliche Leistungsträger und Menschen mit einem Bedürfnis nach Stabilität. Es versucht, Erneuerung als Rückgewinnung bewährter Fähigkeiten zu legitimieren. Sein Spannungsverhältnis liegt darin, dass unternehmerische Freiheit, soziale Absicherung und strenge Haushaltsführung nicht in jeder Entscheidung gleichzeitig gestärkt werden können (CDU/CSU, 2025).

Die CSU ergänzt diese nationale Erzählung um Bayern als politisches Erfolgsmodell. Regionale Zugehörigkeit, wirtschaftliche Stärke, Familienförderung, ländliche Lebensverhältnisse und staatliche Durchsetzungsfähigkeit sollen sich gegenseitig stützen. Ihre Bayern-Agenda 2025 verbindet wirtschaftliche Stabilität mit innerer Sicherheit, restriktiver Migrationspolitik und finanzpolitischer Solidität. Analytisch besteht das Versprechen darin, Modernisierung ohne Verlust von Heimat und vertrauter Lebensweise zu organisieren. Die CSU beansprucht damit zugleich Bewahrungs- und Gestaltungskompetenz. Das kann Unternehmer, Beschäftigte und konservativ geprägte Milieus unter einer regionalen Identifikation zusammenführen. Als Bundesregierungspartei muss sie jedoch erklären, welchen eigenen Einfluss sie auf Entscheidungen besitzt; eine dauerhafte Abgrenzung von Berlin stößt an Grenzen, wenn sie die dortige Politik selbst mitträgt (Launert, 2025, S. 26).

Die SPD stellte ihr Programm 2025 unter das Versprechen, das Leben der Menschen materiell zu verbessern, und betonte Wachstum, höheres Nettoeinkommen und Sicherheit. Entscheidend für ihre Unterscheidbarkeit ist, ob diese sozialen Interessen im Regierungshandeln als eigenständiger Maßstab sichtbar bleiben (SPD, 2025).

Die sozialdemokratische Erzählung beginnt bei Menschen, die durch Erwerbs- und Sorgearbeit die Gesellschaft tragen und dafür Sicherheit, Anerkennung und einen fairen Anteil am Wohlstand verdienen. Wachstum soll deshalb nicht erst später bei ihnen ankommen: Höhere verfügbare Einkommen, verlässliche Renten und öffentliche Leistungen gehören selbst zum wirtschaftspolitischen Angebot. Investitionsförderung und ein handlungsfähiger Staat sollen industrielle Beschäftigung und Zukunftschancen sichern. Als Problem erscheinen ungleich verteilte Belastungen und unzureichende öffentliche Handlungsfähigkeit. Die SPD versucht damit, Arbeitnehmerinteressen mit wirtschaftlicher Modernisierung und dem Anspruch verantwortlicher Regierungsführung zu verbinden. Ihr besonderer Glaubwürdigkeitskonflikt entsteht, wenn der notwendige Koalitionskompromiss die soziale Unterscheidbarkeit verdeckt. Dann bleibt unklar, welche Verbesserungen ohne ihre Beteiligung ausbleiben würden und für welche Grenze sozialer Zumutungen sie verbindlich einsteht (SPD, 2025).

Die seit Ende 2025 laufende Arbeit an einem neuen Grundsatzprogramm eröffnet eine Möglichkeit, dieses Angebot weiterzuentwickeln. Sie ist noch kein beschlossenes Zukunftsprojekt. Ihre Bedeutung hängt

davon ab, ob die SPD Konflikte offen bearbeitet, daraus erkennbare Prioritäten ableitet und gesellschaftliche Unterstützung organisiert (SPD, 2026).

Christoph Butterwegge unterscheidet in seiner Bilanz der Ampel zwischen begrenzten gesellschaftspolitischen Fortschritten und einer aus seiner Sicht unzureichenden Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik. Für die hier untersuchte Glaubwürdigkeit politischer Erzählungen ist diese Differenzierung hilfreich: Liberalisierungen in einzelnen gesellschaftlichen Bereichen können materielle Schutz- und Aufstiegsversprechen nicht ersetzen. Daraus folgt jedoch kein Gegensatz zwischen gesellschaftspolitischer Offenheit und sozialer Sicherheit. Zu prüfen wäre vielmehr, ob Parteien beides zu einem erkennbaren Angebot verbinden und welche Gruppen sich dadurch tatsächlich vertreten fühlen (Butterwegge, 2025).

Die Konkurrenzparteien verbinden dieselben Erfahrungen von Unsicherheit mit anderen Verantwortungszuschreibungen und Zukunftsversprechen. Zunächst ist zu untersuchen, wie die AfD wirtschaftliche und kulturelle Verlustängste politisch zusammenführt.

7.2 AfD: Unzufriedenheit, politische Zustimmung und Normalisierung

Die AfD erzählt die Gegenwart als Verlust nationaler Selbstbestimmung, wirtschaftlicher Stärke und kultureller Vertrautheit. Sie schreibt diesen Niedergang vor allem etablierten Parteien, supranationalen Institutionen, migrationspolitischen Entscheidungen und einer als ideologisch abgewerteten Klimapolitik zu. Die eigene Politik soll demgegenüber einen grundlegenden Bruch ermöglichen (AfD, 2025a).

In ihrer Programmdarstellung 2025 verbindet die AfD die Aussicht auf erneuten Wohlstand mit niedrigen Energiepreisen, einer Rücknahme klimapolitischer Vorgaben und der stärkeren Orientierung an nationalen Interessen. So werden Arbeitsplatz- und Kostenängste mit dem Versprechen verbunden, politische Kontrolle zurückzugewinnen. Die Erzählung richtet den Konflikt zugleich gegen politische Eliten und gegen als außenstehend markierte Gruppen. Der versprochene Zusammenhalt ist damit an Abgrenzung gebunden. Die Partei präsentiert ihre Forderungen als Rückkehr zu wirtschaftlicher und kultureller Normalität. Diese Rekonstruktion übernimmt weder ihre Problemdiagnose noch ihre Behauptung, die vorgeschlagenen Maßnahmen würden die versprochene Sicherheit tatsächlich herstellen (AfD, 2025b).

Für die Konkurrenz zu Union und SPD ist diese Verbindung bedeutsam: Gegenüber der Union beansprucht die AfD, nationale Interessen und Ordnung konsequenter zu vertreten; gegenüber der SPD deutet sie soziale Unsicherheit stärker als Folge falscher Zugehörigkeits- und Prioritätsentscheidungen. So kann sie Schutzbedürfnisse ansprechen, ohne gesellschaftliche Verteilungskonflikte vorrangig als Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital zu erzählen. Wie weit diese programmatische Deutung einzelne Wahlentscheidungen prägt, ist an den folgenden Befragungsbefunden zu prüfen.

Bereits die Europawahl 2024 verband erhebliche Unzufriedenheit mit der Bundesregierung mit einem stärkeren AfD-Ergebnis. Das ist jedoch keine hinreichende Erklärung: Auch andere Oppositionsparteien konnten Unzufriedene ansprechen. Bei der Bundestagswahl 2025 nannten nach der Forschungsgruppe Wahlen 68 Prozent der AfD-Anhängerschaft deren politische Forderungen als Wahlgrund und 29 Prozent einen Denkzettel. Besonders wichtig waren Flüchtlinge und Asyl; hinzu kam häufig das Gefühl, benachteiligt zu sein. Die AfD gewann deshalb nicht allein als Empfängerin einer beliebig gerichteten Proteststimme, sondern auch durch Zustimmung zu ihrem politischen Angebot (Forschungsgruppe Wahlen, 2024; Forschungsgruppe Wahlen, 2025).

Die Wahl in Sachsen-Anhalt 2026 deutet auf eine Ausweitung dieser Anschlussfähigkeit hin. In den von der ARD berichteten Befragungen wurden der AfD inzwischen auch bei Wirtschaft und sozialer Gerechtigkeit beträchtliche Kompetenzen zugeschrieben. Unter ihren Wählern verbanden sich starke Sorgen über Zuwanderung mit Preisbelastungen und befürchteten Veränderungen der Lebensweise. Das spricht für eine Verschränkung materieller und kultureller Verunsicherung. Wenn Anhänger die Partei trotz extremistischer Positionen als gesellschaftliche Mitte wahrnehmen, zeigt dies eine veränderte Akzeptanz in diesem Milieu; daraus folgt keine veränderte wissenschaftliche oder rechtliche Bewertung der Partei (Schwesinger, 2026a).

Für die Schwächung von Union und SPD ist der direkte Abfluss zur AfD besonders relevant. In Mecklenburg-Vorpommern schätzte Infratest dimap 2026 deren Nettogewinne gegenüber der SPD auf 48.000, gegenüber der CDU auf 32.000 Stimmen; hinzu kamen 66.000 aus dem früheren Nichtwählerlager. Der AfD-Erfolg bestand somit zugleich aus Abwanderung und zusätzlicher Mobilisierung. Die SPD konnte ihre Verluste teilweise durch Nettogewinne von CDU und Linken ausgleichen. Das zeigt auch: Ein günstiges Landesergebnis kann erhebliche Erosion einzelner Bindungen verdecken. Die Schätzungen belegen die Richtung von Bewegungen, nicht die individuellen Motive aller Wechselnden (Schwesinger, 2026b; Infratest dimap / ARD, 2026b).

7.3 Die Linke: soziale Profilierung und junge Wählerschaft

Die Erzählung der Linken ordnet alltägliche Belastungen einem Konflikt um ökonomische Macht zu. Hohe Mieten, unzureichende Einkommen und überlastete öffentliche Dienste erscheinen als politisch veränderbare Folgen einer Ordnung, die Eigentums- und Renditeinteressen bevorzugt. Die Gegenperspektive verbindet Umverteilung mit einer Stärkung öffentlicher Versorgung und demokratischer Mitbestimmung. Unterschiedliche Lebensweisen sollen dabei nicht gegeneinander ausgespielt werden; soziale Interessenvertretung und der Schutz vor Diskriminierung werden zusammengeführt. Das politische Subjekt bilden Menschen mit begrenzter wirtschaftlicher Macht, die gemeinsam Einfluss gewinnen sollen. Für die SPD wird damit ihre eigene Tradition sozialer Vertretung von links herausgefordert. Der praktische Prüfstein der Linken bleibt, ob Zuspitzung und organisierte Unterstützung über einzelne Kampagnen hinaus tragfähige Veränderungen und dauerhafte Beziehungen ermöglichen (Die Linke, 2025a). Ihre 2025 begonnene Mietenkampagne versucht, diese Erzählung mit organisierter Alltagspraxis zu verbinden (BSW, 2025; Die Linke, 2025a; Die Linke, 2025b).

Der Wiederaufstieg war nach dem schwachen Europawahlergebnis 2024 keineswegs selbstverständlich. Bei der Bundestagswahl 2025 gewann die Linke an zugeschriebener Kompetenz für soziale Gerechtigkeit. 42 Prozent aller Befragten sahen in ihr die einzige Partei, die wirklich Politik für Menschen mit geringem Einkommen mache. Unter den 18- bis 29-Jährigen erreichte sie laut Forschungsgruppe Wahlen 23 Prozent. Diese Befunde passen zu einer verständlichen Ansprache von Verteilungsfragen; sie zeigen aber weder, dass ausschließlich einkommensarme Menschen die Partei wählten, noch dass eine einzelne Kampagne den Zuwachs verursachte (Forschungsgruppe Wahlen, 2024; Forschungsgruppe Wahlen, 2025).

Berlin 2026 verdeutlicht die Bedeutung des örtlichen Problemangebots. Die Linke wurde mit 25,7 Prozent stärkste Partei; beim zentralen Thema Mieten und Wohnungsmarkt besaß sie den größten Kompetenzzuspruch. Unter den unter 30-Jährigen erreichte sie in der Wahltagsbefragung 47 Prozent. Damit traf ihre soziale Erzählung auf einen konkreten städtischen Konflikt und eine besonders aufnahmebereite junge Wählerschaft. Ein allgemeiner bundesweiter Aufstieg lässt sich daraus nicht ableiten: Baden-Württemberg blieb 2026 mit 4,4 Prozent zugleich ein Beispiel begrenzter parlamentarischer Reichweite (Forschungsgruppe Wahlen, 2026b; Forschungsgruppe Wahlen, 2026c).

Für die SPD liegt hier eine besondere Konkurrenzsituation vor: Wenn soziale Gerechtigkeit und die Vertretung niedriger Einkommen glaubwürdiger mit der Linken verbunden werden, verliert sie einen früher zentralen Grund ihrer Wahl. Bei Jüngeren geht es außerdem um die Erneuerung der Wählerbasis: Wer erstmals eine Bindung zur Linken entwickelt, muss nicht zuvor SPD gewählt haben. Die Schwächung besteht dann in ausgebliebener Nachwuchsgewinnung. Für die CDU ist die Konkurrenz in Berlin auch als Verlust politischer Problemlösungsautorität zu verstehen; eine direkte Wanderung zur Linken wäre davon gesondert zu belegen.

7.4 Die Grünen: bundesweite Verluste und regionale Bindung

Die Grünen verknüpfen Wohlstandserneuerung mit Klimaneutralität und öffentlichen Investitionen. Klimaschutz soll durch Investitionen, neue Technologien, gute Arbeit und funktionierende Infrastruktur mit Alltagssicherheit verbunden werden. Im Bundestagswahlprogramm 2025 stehen deshalb Bezahlbarkeit und soziale Absicherung neben Natur- und Klimaschutz. Eine offene Gesellschaft, gleiche Rechte und

eine lebendige Zivilgesellschaft bilden den kulturellen Rahmen; außenpolitisch wird Sicherheit mit europäischer Zusammenarbeit und der Verteidigung von Freiheit verbunden. Angesprochen wird das Bedürfnis, Veränderungen aktiv zu gestalten und deren soziale Folgen abzusichern. Der Konflikt mit Union und SPD betrifft somit auch die Frage, welche Modernisierung wirtschaftlich zukunftsfähig ist. Eine Grenze entsteht, wenn technische Lösungen und langfristiger Nutzen verständlicher erscheinen als die unmittelbaren Belastungen der Betroffenen. Wie eine regionale Regierungserzählung dieses Problem teilweise überbrücken kann, zeigen die folgenden Befunde (Bündnis 90/Die Grünen, 2025a).

Die Europawahl 2024 brachte den Grünen deutliche Verluste, besonders auch bei jungen Wählern. Ihr früherer Mobilisierungsvorsprung in dieser Gruppe war damit keine dauerhafte Bindung. 2025 kamen die Belastung als Regierungspartei und ein verschlechtertes Parteiansehen hinzu. In der eigenen Anhängerschaft blieben Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit wichtige Wahlmotive. Die Niederlagen belegen deshalb keinen vollständigen Bedeutungsverlust ökologischer Anliegen, wohl aber Schwierigkeiten, damit über die eigene Anhängerschaft hinaus Mehrheiten zu gewinnen (Forschungsgruppe Wahlen, 2024; Forschungsgruppe Wahlen, 2025).

Baden-Württemberg zeigt 2026 einen anderen Mechanismus: Mit 30,2 Prozent blieben die Grünen stärkste Partei, obwohl sie gegenüber 2021 verloren. Die Forschungsgruppe Wahlen beschreibt einen Kontinuitätswunsch, die Attraktivität Cem Özdemirs und eine erfolgreiche Unterscheidung zwischen Landes- und Bundespartei. 54 Prozent der Befragten sahen eine andere Politik der Grünen im Land als im Bund. Regionales Regierungsvertrauen und ein überzeugender Kandidat konnten die Belastungen der Bundespartei somit abfedern. Das Ergebnis steht für verteidigte Stärke, nicht für einen allgemeinen grünen Aufschwung (Forschungsgruppe Wahlen, 2026c).

Der Baden-WürttembergTREND vom Oktober verdeutlicht die fortbestehende regionale Asymmetrie: Die Grünen kommen auf 30 Prozent, CDU und AfD auf jeweils 23 Prozent, die SPD auf sieben Prozent. Mit Ministerpräsident Özdemir sind 58 Prozent zufrieden; der CDU schreiben nur noch 17 Prozent die größte Lösungskompetenz für die Landesaufgaben zu. Das ergänzt die Wahlbefunde um einen Verlust an zugeschriebenem Problemlösungsvermögen der CDU. Die Umfrage ist jedoch kein Wahlergebnis und weist keine direkten Wanderungen von der CDU zu Grünen oder AfD nach (Infratest dimap, 2026b).

Für Union und SPD bedeutet die grüne Konkurrenz deshalb nicht durchgehend zusätzliche Abwanderung seit 2024. Wo die Grünen selbst verlieren, können die früheren Volksparteien sogar profitieren. Baden-Württemberg zeigt allerdings, wie eine andere Partei einen breiten Anspruch auf Regierungsführung besetzen und damit die CDU vom ersten Platz fernhalten kann. Für die SPD verkleinert ein eigenständiges grünes Angebot den Raum, sozialökologisch orientierte Wähler unter einem gemeinsamen Dach zu binden. Dies beschreibt eine Konkurrenz um Repräsentation, nicht den Nachweis entsprechender direkter Wählerwanderungen.

7.5 BSW: neue Kombination von Konflikten und begrenzte Verstetigung

Das BSW verbindet soziale Absicherung und industrielle Erneuerung mit kultureller Modernisierungsskepsis und einer außenpolitischen Friedenserzählung. Diese Verbindung verdichtet es zu einem Angebot wiederherzustellender wirtschaftlicher und politischer Vernunft. Es beansprucht, die arbeitende Bevölkerung und produktive Unternehmen gegen hohe Energiepreise, wirtschaftliche Fehlsteuerung und eine abgehobene politische Klasse zu vertreten. Höhere Löhne, Renten und verlässliche Daseinsvorsorge sollen mit industrieller Wettbewerbsfähigkeit und einem starken Mittelstand vereinbar sein. Diplomatie und Abrüstung werden zugleich als Voraussetzung sozialer Sicherheit verstanden. Die Forderung nach Begrenzung irregulärer Migration und Kritik an bestimmten Formen gesellschaftspolitischer Modernisierung unterscheiden das Angebot von Grünen und Linken. Das BSW will so Menschen verbinden, die soziale Umverteilung befürworten, sich kulturell oder außenpolitisch aber von anderen linken Parteien nicht vertreten sehen. Darin liegt seine besondere Konkurrenz zur SPD. Die Selbstbeschreibung als vernünftige Alternative löst allerdings die Konflikte zwischen sozialem

Ausgleich, unternehmerischen Interessen und restriktiver Zugehörigkeitspolitik nicht bereits auf (BSW, 2025).

2024 gelang dem BSW mit dieser Kombination ein rascher Einstieg. Die ARD-Analysen der Wahlen in Sachsen und Thüringen weisen auf erhebliche Zugewinne aus der früheren Linke-Wählerschaft und auf die Bedeutung seiner Position zum Ukrainekrieg hin. In Sachsen nannten BSW-Wähler diesen Krieg überdurchschnittlich häufig als ausschlaggebendes Thema. Die Mobilisierung lässt sich deshalb weder auf Sozialpolitik noch auf Migrationspolitik reduzieren: Außenpolitische Orientierung wurde Teil eines Angebots, das etablierte Lagergrenzen durchquerte (Schwesinger, 2024).

Dauerhafte Bindung folgte daraus zunächst nur begrenzt. Bei der Bundestagswahl 2025 blieb das BSW knapp unter der Fünf-Prozent-Hürde; in der Analyse der Forschungsgruppe Wahlen war es bei den zugeschriebenen Sachkompetenzen wenig sichtbar. Auch in Berlin 2026 verfehlte es mit 4,7 Prozent den Einzug. Ein unterscheidbares Profil und öffentliche Aufmerksamkeit reichen demnach allein nicht aus, um über verschiedene Wahlarten hinweg eine tragfähige Stellung zu sichern. Welche Rolle Organisation, Personal, Koalitionskonflikte und strategisches Wählen jeweils spielten, lässt sich aus den hier ausgewerteten Befragungen nicht eindeutig gewichten (Forschungsgruppe Wahlen, 2025; Forschungsgruppe Wahlen, 2026b).

Bei der Bewertung des BSW ist daher Zurückhaltung nötig: Ein erheblicher Teil seines anfänglichen Erfolgs ging auf Kosten der Linken und schwächte nicht unmittelbar Union oder SPD. Für die SPD entstand dennoch ein weiteres Konkurrenzangebot, das soziale Absicherung mit einer abweichenden außenpolitischen Position verband. Der behauptete Zusammenhang zwischen dieser Konkurrenz und konkreten SPD-Verlusten muss jeweils an Wanderungsdaten überprüft werden; aus der bloßen Gleichzeitigkeit beider Entwicklungen folgt er nicht.

7.6 Unterschiedliche politische Antworten auf gesellschaftliche Unsicherheit

Die Erzählungen unterscheiden sich folglich auch darin, wer Veränderung tragen soll: Bei CDU und CSU stehen wirtschaftliche Leistung und staatliche Ordnung, ergänzt um regionale Zugehörigkeit, im Vordergrund; die SPD betont Arbeit, sozialen Ausgleich und öffentliche Handlungsfähigkeit. Die Grünen verbinden Erneuerung mit ökologischer Zukunftssicherung, die Linke mit der Veränderung wirtschaftlicher Machtverhältnisse, das BSW mit sozialer Sicherheit und außenpolitischem Kurswechsel. Die AfD verspricht eine national begrenzte Wiederherstellung von Kontrolle. Diese Verdichtungen erfassen zentrale Akzente, keine konfliktfreien oder unveränderlichen Parteiweltbilder. Ihre politische Wirksamkeit hängt davon ab, ob konkrete Erfahrungen und Entscheidungen die jeweiligen Versprechen bestätigen. Für die früheren Volksparteien wird es dadurch schwieriger, auseinandergehende Erwartungen unter einem gemeinsamen Angebot zu verbinden. Bloße Themenübernahme kann neue Wähler erreichen, zugleich aber eigene Bindungen beschädigen.

Hegemoniepolitisch sind diese Angebote Versuche, bestimmte Interessen als gesellschaftliches Allgemeininteresse darzustellen. Ihre Verbreitung allein belegt noch keine Führung: Dafür wären dauerhafte Bündnisse, materielle Zugeständnisse und organisierte Verankerung erforderlich. Auch kulturelle Geländegewinne der AfD sind von einer voll ausgebildeten Gegenhegemonie zu unterscheiden. Ein Wechsel der dominierenden politischen Deutung kann zudem innerhalb fortbestehender Eigentums- und Machtverhältnisse erfolgen. Die Parteiangebote sind deshalb mögliche Elemente einer Neuordnung, nicht schon deren abgeschlossene Gestalt.

Welche dieser Konkurrenzbeziehungen die Wählerbasis von CDU, CSU und SPD schwächt, hängt von regionalen Interessenlagen und vorhandenen Bindungen ab. Die CDU gewann bei der Bundestagswahl 2025 trotz des AfD-Zuwachses hinzu; eine CSU-spezifische Wirkung lässt sich aus Befunden anderer Länder nicht ableiten. Dafür gelten die gesonderten Befunde aus Kapitel 5. Im Anschluss an Gramsci besteht das gemeinsame Vermittlungsproblem darin, unterschiedliche soziale Erfahrungen in ein glaubwürdiges Zukunftsangebot zu übersetzen. Ob dies gelingt, hängt auch entscheidend von der im

folgenden Kapitel untersuchten Regierungspraxis ab. Dabei werden staatliche Begründungen mit den eigenständigen Anforderungen organisierter Arbeitnehmer- und Wirtschaftsinteressen verglichen.

8 Regierungspraxis des Kabinetts Merz/Klingbeil

8.1 Wirtschaftliche Lage und Modernisierung

Die Praxis der Bundesregierung Merz/Klingbeil steht unter dem Druck einer schwachen Konjunktur und struktureller Wachstumsprobleme. Die 2026 erkennbare Erholung bedeutet noch keine Überwindung der längerfristigen Investitions- und Produktivitätsschwäche. Nach Darstellung der Bundesbank sind die preisbereinigten gesamtwirtschaftlichen Bruttoanlageinvestitionen seit 2019 zurückgegangen, besonders die unternehmerischen Ausrüstungsinvestitionen. Hinzu kommen Infrastrukturdefizite, demografisch bedingte Engpässe beim Arbeitsangebot und eine verschärfte internationale Konkurrenz. Die deutschen Exporte nach China sanken zwischen 2021 und 2025 um ein Fünftel. Für die kommenden Jahre veranschlagt die Bundesbank das jährliche Potenzialwachstum auf lediglich etwa 0,4 Prozent. Dieses geschätzte Wachstum der nachhaltig möglichen Produktion ist von kurzfristigen Konjunkturschwankungen zu unterscheiden (Bundesbank, 2026b; Bundesbank, 2026a).

Die Regierung will öffentliche Infrastruktur und private Kapitalbildung gemeinsam stärken. Staatliche Vorleistungen sollen Produktivität und Versorgung verbessern, steuerliche Anreize Investitionen am Standort rentabler machen. Sie verbindet dies mit dem Versprechen sicherer Arbeitsplätze und wirtschaftlicher Erneuerung (Bundesregierung, o. J.; Bundesministerium der Finanzen, 2025).

Ein zentrales Instrument ist das Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität mit einer Kreditermächtigung von bis zu 500 Milliarden Euro. Davon entfallen 300 Milliarden auf Investitionen des Bundes, 100 Milliarden auf Länder und Kommunen und weitere 100 Milliarden auf den Klima- und Transformationsfonds. Die Mittel können innerhalb von zwölf Jahren bewilligt werden. Zu den vorgesehenen Bereichen gehören Verkehrswege, Schulen und Kindertagesstätten, Forschung und Digitalisierung sowie die Infrastruktur für den Klimaschutz. Nach Darstellung der Bundesregierung sollen zusätzliche Investitionen sowohl die wirtschaftlichen Produktionsbedingungen als auch die öffentliche Versorgung im Alltag verbessern. Die im März 2025 geschaffene verfassungsrechtliche Grundlage ging der Amtsübernahme des Kabinetts voraus; dessen Regierungspraxis ist deshalb an der konkreten Ausgestaltung und Umsetzung zu beurteilen (Bundesregierung, o. J.).

Die private Investitionstätigkeit soll das 2025 beschlossene steuerliche Investitionssofortprogramm anregen. Für bestimmte bewegliche Wirtschaftsgüter ermöglicht es bei Anschaffungen vom 1. Juli 2025 bis zum 31. Dezember 2027 degressive Abschreibungen von bis zu 30 Prozent jährlich. Dadurch können Unternehmen einen größeren Teil ihrer Anschaffungskosten frühzeitig steuerlich geltend machen. Daneben wird der Körperschaftsteuersatz ab 2028 jährlich um einen Prozentpunkt von 15 auf zehn Prozent im Jahr 2032 gesenkt. Die Obergrenze der Bemessungsgrundlage der Forschungszulage steigt ab 2026 von zehn auf zwölf Millionen Euro. Während die beschleunigte Abschreibung unmittelbar an Investitionen anknüpft, entlastet die Körperschaftsteuersenkung künftig steuerpflichtige Gewinne. Die Regierung begründet beide Ansätze mit Planungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und zusätzlichen privaten Investitionen (Bundesministerium der Finanzen, 2025).

Über die bereits genannten Instrumente hinaus setzt die Regierung auf den Deutschlandfonds. Nach ihrer Darstellung stehen dafür rund eine Milliarde Euro Haushaltsmittel, Staatsgarantien von etwa 30 Milliarden Euro und ein zusätzlicher Beitrag der KfW von 5,3 Milliarden Euro bereit. Ziel ist, private Investitionen von rund 130 Milliarden Euro anzustoßen. Die Beträge bezeichnen unterschiedliche Finanzierungsgrößen und dürfen nicht als bereits ausgezahlte Zuschüsse zusammengerechnet werden. Mit Beteiligungen, Krediten und Risikoabsicherungen soll der Staat Finanzierungslücken schließen, während private Unternehmen die Projekte umsetzen. Adressaten sind unter anderem Mittelstand, junge Wachstumsunternehmen und Energieversorger. Die Regierung begründet die Risikoübernahme damit, dass wirtschaftlich und strategisch wichtige Vorhaben unter unsicheren Bedingungen zusätzliche

Absicherung benötigen. Die angestrebte Mobilisierung ist eine Zielgröße, kein Nachweis schon realisierter Investitionen (Bundesregierung, 2026h).

Für den technologischen Teil der Modernisierung verweist die Bundesregierung auf ihre Hightech Agenda. Diese konzentriert sich auf sechs Schlüsseltechnologien: Künstliche Intelligenz, Quantentechnologien, Mikroelektronik, Biotechnologie, Fusion und klimaneutrale Energieerzeugung sowie Technologien für klimaneutrale Mobilität. Forschung soll schneller in Entwicklung, Produktion und wirtschaftliche Anwendung übergehen. Die Regierung will damit die industrielle Wertschöpfung im Inland und in Europa erhöhen und technologische Abhängigkeiten verringern. Leitinitiativen mit Zeitplänen sollen die Zusammenarbeit von Wissenschaft, Unternehmen, Bund und Ländern strukturieren. Ergänzend nennt sie strategische Forschungsfelder wie Luft- und Raumfahrt, Gesundheitsforschung und Sicherheitsforschung. Ihr Anspruch reicht damit über die Belebung der laufenden Konjunktur hinaus: Deutschland soll Kapazitäten in Zukunftstechnologien aufbauen und im internationalen Standortwettbewerb wieder stärker werden. Dies beschreibt die Zielsetzung des Programms, noch keine gemessene Produktivitätswirkung (Bundesregierung, o. J.b).

Ein weiterer Bestandteil ihrer Argumentation sind die Energiekosten. Die Regierung beziffert die zusätzliche Entlastung durch die Abschaffung der Gasspeicherumlage und niedrigere Stromnetzentgelte auf etwa zehn Milliarden Euro jährlich. Für einen Beispielhaushalt mit 3.500 Kilowattstunden Strom- und 20.000 Kilowattstunden Gasverbrauch nennt sie für 2026 eine durchschnittliche Ersparnis von ungefähr 160 Euro. Der Betrag ist verbrauchsabhängig und kein einheitlicher Anspruch aller Haushalte. Für mehr als 600.000 produzierende Unternehmen sowie die Land- und Forstwirtschaft verweist sie auf die dauerhaft niedrigere Stromsteuer. Der Industriestrompreis für 2026 bis 2028 soll energieintensive Unternehmen im internationalen Wettbewerb stützen. Nach Regierungsauffassung ergänzen sich dadurch die Sicherung bestehender Standorte und die Förderung ihres Umbaus. Die Entlastung der laufenden Kosten soll Abwanderungsrisiken mindern und Investitionsentscheidungen erleichtern (Bundesregierung, 2026i).

Die Bundesregierung bekennt sich zu Klimaneutralität 2045 und erneuerbaren Energien, will deren Ausbau stärker mit Netzen und Versorgungssicherheit abstimmen. Bürokratiekosten sollen um 25 Prozent beziehungsweise etwa 16 Milliarden Euro sinken, Vergabeverfahren schneller werden. Finanzierung, Kostenentlastung und Verfahrensvereinfachung sollen sich gegenseitig verstärken. Die folgenden Positionen prüfen diese Zielsetzung und ihre sozialen Bedingungen (Bundesregierung, 2026j).

Öffentliche Investitionen können nach Krebs Nachfrage stabilisieren, private Planungssicherheit schaffen und Produktionsmöglichkeiten erweitern. Das befristete Sondervermögen ersetzt jedoch keine dauerhafte Investitionsregel. Seine Wirkung hängt von Zusätzlichkeit, Mittelabfluss, Planungs- und Baukapazitäten sowie der Finanzierung von Betrieb und Personal ab. Eine Kreditermächtigung ist noch keine nutzbare öffentliche Leistung. An diesen Bedingungen setzen die folgenden gewerkschaftlichen und wirtschaftspolitischen Bewertungen an (Krebs, 2025, S. 13–20; Bundesregierung, o. J.).

Das MEMORANDUM 2026 widerspricht einer Krisenstrategie, die vor allem Sozialkosten senkt, dereguliert und Unternehmen entlastet. Nachfrage und öffentliche Leistungen müssten gestärkt, Förderung an soziale und ökologische Bedingungen gebunden werden. Krebs und Weber verlangen eine koordinierte grüne Industriepolitik mit Qualifizierung und abgesicherten Übergängen. Witt warnt vor fossilen Abhängigkeiten und Fehlinvestitionen durch verzögerte Elektrifizierung und erneuerbare Energien. Entscheidend sind damit Entwicklungsrichtung und Verteilung der Modernisierungserträge (Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, 2026, S. 18–22, 24–26; Krebs / Weber, 2025; Witt, 2026).

Die IG Metall verbindet die Zustimmung zu einer aktiven Industriepolitik mit einer Kritik an deren sozialer Ausrichtung. In ihrer Stellungnahme vom 29. April 2026 fordert sie, bestehende industrielle Kerne zu erhalten und zugleich neue Produktionsfelder aufzubauen. Verlässliche Energiepreise und erneuerbare Energien gehören für sie ebenso dazu wie Tarifverträge und wirksame Mitbestimmung. Sozialkürzungen und schwächere Beschäftigtenrechte seien dagegen keine Antwort auf fehlende Aufträge. Damit verschiebt sich der Prüfmaßstab der Modernisierung: Neben zusätzlichen Investitionen zählt, ob

Beschäftigte an deren Gestaltung und Erträgen beteiligt werden und ob industrielle Fähigkeiten dauerhaft erhalten bleiben (IG Metall, 2026).

DGB und ver.di erweitern die industriepolitische Perspektive auf die öffentliche Versorgung. Der DGB behandelt Bildung, Gesundheit und Infrastruktur als Voraussetzungen wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. ver.di warnt bei Krankenhäusern und Pflege vor einer Schwächung der laufenden Finanzierung und Arbeitsbedingungen. Damit konkretisieren sie den zuvor entwickelten Maßstab: Investitionen müssen dauerhaft erreichbare Leistungen ermöglichen (DGB, 2026c; ver.di, 2026b).

Auch der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) hält die Regierungspolitik für unzureichend, setzt jedoch andere Akzente. Bereits zum Haushaltsentwurf 2026 begrüßte er im Juli 2025 die öffentlichen Investitionen, verlangte aber schnellere Verfahren, geringere Steuern und Abgaben sowie eine stärkere Investitionstätigkeit von Ländern und Kommunen. Zugleich forderte er verlässliche Unterstützung für betriebliche Dekarbonisierung, etwa durch Klimaschutzverträge. Seine Modernisierungskritik ist deshalb nicht mit einer generellen Ablehnung staatlicher Förderung gleichzusetzen: Sie zielt auf bessere Bedingungen für industrielle Investitionen und auf deren schnellere Umsetzung (BDI, 2025).

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) wirft der Koalition im Oktober 2026 ebenfalls ein zu langsames Reformtempo vor. Sie nennt Bürokratie, Sozialbeiträge, Arbeitsmarktregeln und Defizite bei Bildung und Fachkräftesicherung als Wachstumshemmnisse. Neben Entlastungen verlangt sie eine verlässlich finanzierte digitale Schulmodernisierung. Damit bestehen Überschneidungen mit den Gewerkschaften beim Ausbau öffentlicher Voraussetzungen wirtschaftlicher Tätigkeit. Der Konflikt beginnt dort, wo die BDA die Flexibilisierung von Arbeitszeit und Beschäftigung als Standortverbesserung betrachtet, während die Gewerkschaften zusätzliche Schutz- und Beteiligungsrechte verlangen. Aus übereinstimmender Kritik an der Regierung folgt somit noch kein gemeinsamer Modernisierungskompromiss (BDA, 2026a, S. 1–2, 5; IG Metall, 2026).

Der Vergleich zeigt gemeinsame Investitionsinteressen, aber unterschiedliche Vorstellungen von Finanzierung, Schutz und Beteiligung. Politische Bindung könnte entstehen, wenn Modernisierung im Alltag verlässliche Leistungen und berufliche Perspektiven schafft. Ob daraus ein tragfähiger Kompromiss und neue Parteibindungen hervorgehen, bleibt offen. Die finanziellen Spielräume untersucht der folgende Abschnitt.

8.2 Finanzplanung und Verteilungsspielräume

Schwaches Wachstum begrenzt Steuer- und Beitragseinnahmen, während Alterung, zusätzliche Aufgaben und Schuldendienst die Finanzierung belasten. Die erweiterten Kreditmöglichkeiten gelten nur für bestimmte Zwecke. Ohne Gegenmaßnahmen erwartet die Regierung in der Krankenversicherung Lücken von 15,3 Milliarden Euro 2027 und etwa 40 Milliarden 2030. Zugleich soll der Bundeszuschuss zur Rentenversicherung 2027 um eine Milliarde sinken. Die Entlastung eines Etats löst somit nicht notwendig das Finanzierungsproblem des Gesamtsystems (Bundesregierung, 2026b; Bundesregierung, 2026g).

Die Regierung versteht Investieren und Konsolidieren als Voraussetzungen künftiger Handlungsfähigkeit. Für 2027 nennt sie rund 118 Milliarden Euro Investitionen, darunter aus dem Infrastruktursondervermögen über 36 Milliarden für den Bund, zehn Milliarden für den Klima- und Transformationsfonds und rund acht Milliarden für Länder und Kommunen. Infrastruktur soll Wachstum und Einnahmen stärken, die Begrenzung laufender Ausgaben spätere Spielräume sichern. Haushaltsentwurf und Finanzplanung bleiben von Konjunktur und späteren Beschlüssen abhängige Planungen (Bundesregierung, 2026b).

Klingbeil nennt etwa 50 Milliarden Euro Investitionen im Kernhaushalt und aus dem Sondervermögen 17,7 Milliarden für Verkehrswege, neun Milliarden für Digitalisierung und 3,5 Milliarden für Krankenhausmodernisierung. Der soziale Wohnungsbau soll im Kernhaushalt um 25 Prozent auf fünf Milliarden wachsen. Seine Begründung: Unterlassene Investitionen hätten Zukunftskosten erzeugt. Geplante Mittel sind allerdings noch keine Versorgungsergebnisse (Bundesregierung, 2026k).

Zur Konsolidierung nennt die Regierung 2027 knapp drei Milliarden Euro durch Subventionsabbau und vier Milliarden ressortübergreifende Einsparungen. Sie beansprucht, durch Prioritätensetzung Modernisierung und finanzielle Tragfähigkeit zu verbinden. Zu prüfen ist, ob dabei auch deren soziale und institutionelle Voraussetzungen erhalten bleiben (Bundesregierung, 2026b).

Eine empirisch unterlegte Kritik liefert Klaus Seipp mit dem IMK-Kommentar Nr. 22, den das Institut am 8. September 2026 unter dem Titel „Bundeshaushalt droht ‚Teufelskreis'" vorstellt. Die Analyse bezieht Kernhaushalt, Sondervermögen und Klima- und Transformationsfonds ein. Ohne Verteidigung und Zinsen sollen die Bundesausgaben zwischen 2026 und 2030 preisbereinigt um 16,7 Prozent sinken. Die Investitionsausgaben gehen gegenüber dem hohen Niveau von 2026 real um etwa 20 Prozent zurück; die Investitionsquote bleibt 2030 mit 2,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts dennoch doppelt so hoch wie 2019. Die Investitionsoffensive verliert also an Dynamik, ohne vollständig zurückgenommen zu werden. Für 2029 und 2030 verbleiben zusammen Finanzierungslücken von mehr als 86 Milliarden Euro (Seipp, 2026).

Das IMK warnt vor einem Teufelskreis: Schwaches Wachstum und Unternehmensteuersenkungen verschärften den Spardruck; Kürzungen könnten Nachfrage, Erholung und Steuereinnahmen weiter schwächen. Seipp nennt als Alternativen den Verzicht auf geplante Unternehmensteuersenkungen und höhere Einnahmen aus hohen Einkommen. Dies sind Risiken der untersuchten Finanzplanung, keine bereits eingetretenen Gesamteffekte (Seipp, 2026).

Der DGB begrüßt die erhöhten Investitionen, kritisiert jedoch, dass der Klima- und Transformationsfonds zur Entlastung des Kernhaushalts herangezogen werde. Das schwäche die Finanzierung des ökologischen Umbaus. Er fordert eine weitergehende Reform der Schuldenbremse und höhere Finanzierungsbeiträge großer Vermögen. ver.di setzt ebenfalls bei der Einnahmeseite an: Frank Werneke fordert eine stärkere Besteuerung von Vermögen und Erbschaften sowie eine breitere Beteiligung von Kapitaleinkünften an der sozialen Sicherung. Die gewerkschaftliche Alternative lautet damit, den Finanzierungsrahmen politisch zu verändern, statt Konsolidierung vor allem als Begrenzung sozialer Ansprüche zu behandeln (DGB, 2026a; ver.di, 2026b).

Der BDI formuliert eine gegenläufige finanzpolitische Diagnose. Zur Steuerschätzung vom Mai 2026 erklärt Tanja Gönner das Haushaltsproblem vorrangig mit den Ausgaben und fordert den Abbau konsumtiver Ansätze, um Investitionen und Schuldendienst finanzieren zu können. Bildung, Forschung, Digitalisierung und Infrastruktur sollen Vorrang erhalten; zugleich verlangt der Verband wettbewerbsfähige Steuern und Abgaben. Die Kritik am Konsolidierungsdruck verbindet sich hier also mit der Forderung nach einer stärkeren Umschichtung des Haushalts, nicht mit der vom DGB verlangten höheren Besteuerung großer Vermögen (BDI, 2026a; DGB, 2026a).

Die BDI-Forderung ist an den in 8.1 erläuterten Voraussetzungen nutzbarer Infrastruktur zu messen. Zugleich begrenzen steigende Zinslasten die Spielräume. Die BDA lehnt versicherungsfremde Aufgaben zulasten von Beiträgen ab und berührt damit eine gewerkschaftliche Forderung. Offen bleibt, welche Steuern oder anderen Ausgaben den Ausgleich tragen. Entlastungen von Bund, Betrieben und Sozialkassen sind deshalb gemeinsam zu bilanzieren (BDI, 2026a; BDA, 2026a, S. 3–4; DGB, 2026c).

Der Konflikt betrifft daher die Zusammensetzung und Dauerhaftigkeit der Finanzierung. Niedrigere Bundeszuschüsse können Beiträge oder private Belastungen erhöhen; nominal stabile Ansätze bei Inflation weniger Leistung finanzieren. Ein größerer Gesamtetat allein beweist keine bessere Versorgung. Wie diese Prioritäten die politische Bindung berühren, wird nach der Rüstungs- und Sozialpolitik in Abschnitt 8.5 zusammengeführt.

8.3 Rüstungsnachfrage und industrielle Struktur

Der Verteidigungsetat steigt von 62,4 Milliarden Euro 2025 auf 82,7 Milliarden 2026, ergänzt um 25,5 Milliarden aus dem Sondervermögen Bundeswehr. Diese Ansätze enthalten Personal und Betrieb und sind keine bereits realisierten Investitionen. Aufträge können Produktion und Beschäftigung stützen; ihre

Wirkung hängt von Importanteilen, Lieferzeiten und verfügbaren Kapazitäten ab. Ihre sicherheitspolitische Funktion unterscheidet sich von ziviler Infrastruktur (Bundesregierung, 2025).

Merz begründet Verteidigungsfähigkeit als Voraussetzung von Freiheit und wirtschaftlicher Sicherheit. Zusätzliche Kreditmöglichkeiten sollen Ukrainehilfen und zivile Aufgaben gleichzeitig ermöglichen. Die Regierung nennt für 2026 bis zu 10.000 zusätzliche Soldatinnen und Soldaten und rund 11,5 Milliarden Euro Ukrainehilfe; bis 2029 soll die NATO-Quote auf 3,5 Prozent des BIP steigen. Hauptziel sind Abschreckung, geschlossene Fähigkeitslücken und Bündnisfähigkeit, nicht ein Konjunkturprogramm (Bundesregierung, 2026e; Bundesregierung, 2025).

Artikel 109 Absatz 3 GG nimmt den Anteil der dort genannten Sicherheitsausgaben oberhalb eines Prozents des nominalen BIP von der maßgeblichen Kreditberechnung aus. Dazu gehören auch Zivil- und Bevölkerungsschutz, Nachrichtendienste, IT-Schutz und Hilfen für völkerrechtswidrig angegriffene Staaten. Der Haushaltsentwurf 2027 sieht mehr als 109 Milliarden Euro für Verteidigung zuzüglich Sondervermögen vor. Der erweiterte Kreditrahmen beseitigt jedoch nicht mögliche Konkurrenz um Fachkräfte und industrielle Kapazitäten (Grundgesetz, Art. 109 Abs. 3; Bundesregierung, 2026b; Bundesregierung, 2026e).

Bestellungen, Zulieferung und zusätzliche Einkommen können Nachfrage erzeugen. Zahlung, Lieferung und Produktion fallen jedoch zeitlich auseinander; importierte Systeme begrenzen die heimische Wertschöpfung. Angekündigte Beschaffungsvolumina sind deshalb nicht mit gleich hohen Produktionszuwächsen oder dauerhaften zusätzlichen Arbeitsplätzen gleichzusetzen (Hickel, 2026).

Die Studie von Krebs und Kaczmarczyk „Wirtschaftliche Auswirkungen von Militärausgaben in Deutschland“ wertet vorhandene empirische Forschung und die Besonderheiten des deutschen Rüstungssektors aus. Für die kurze Frist schätzen die Autoren den Fiskalmultiplikator auf nicht wesentlich mehr als 0,5; unter ungünstigen Bedingungen könne er bei null liegen. Ein zusätzlicher Ausgabeneuro erzeugte danach kurzfristig ungefähr 50 Cent zusätzliches reales Bruttoinlandsprodukt oder weniger. Die Autoren führen dies auf ausgelastete Kapazitäten, geringe Wettbewerbsintensität, Preisaufschläge und Importanteile zurück. Mittelfristig könnten Kapazitätsausbau, bessere Vergabe und europäische Koordination die Wirkung erhöhen. Langfristige zivile Produktivitätseffekte militärischer Forschung schließen sie nicht aus, halten die deutsche Evidenz dafür aber für unzureichend. Die Bandbreite ist eine unsichere Einschätzung aus einer Evidenzsynthese, kein neu geschätztes kausales Ergebnis einer deutschen Zeitreihenstudie. Sie betrifft die wirtschaftliche Wirkung und beantwortet nicht die Frage nach dem erforderlichen Verteidigungsniveau (Krebs / Kaczmarczyk, 2025, S. 15–23).

Thomas Sablowski erweitert diese Wirkungsfrage um eine marxistische Analyse der Produktionsstruktur. Unter dem Begriff „olivgrüner Kapitalismus“ untersucht er, wie staatlich abgesicherte Rüstungsnachfrage und steigende Gewinnerwartungen Kapital in militärische Produktion lenken und Unternehmenskonzentration begünstigen. Der Aufschwung einzelner Rüstungsunternehmen ist dabei von einer gesamtwirtschaftlichen Erneuerung zu unterscheiden. Importierte Waffensysteme begrenzen die inländische Nachfragewirkung; die Branche kann den Verlust ziviler industrieller Beschäftigung nicht ohne Weiteres ausgleichen. Seine Kritik richtet sich deshalb auch gegen die Erwartung, Aufrüstung könne zum tragfähigen Ersatz für eine zivile industrielle Transformationsstrategie werden. Für die Regierungsparteien ergibt sich ein Verteilungskonflikt um öffentliche Mittel, Fachkräfte und politische Prioritäten. Eine automatische Verdrängung jeder Sozialausgabe durch einen zusätzlichen Rüstungseuro ist damit nicht bewiesen; die unterschiedlichen Finanzierungsspielräume und tatsächlichen Haushaltsentscheidungen müssen untersucht werden (Sablowski, 2026).

Die gewerkschaftlichen Positionen zur Rüstung sind dabei zu unterscheiden. Der DGB kritisiert im September 2026 die Orientierung des Ausgabenanstiegs an einer vorgegebenen NATO-Quote und die starke Konzentration neuer Kreditaufnahme auf militärische Zwecke. Er warnt davor, äußere Sicherheit gegen soziale Sicherung und klimaverträgliche Modernisierung auszuspielen. Diese Prioritätenkritik unterstützt die Forderung nach einem eigenständigen zivilen Entwicklungspfad, begründet aber keine einheitliche gewerkschaftliche Ablehnung sämtlicher Verteidigungsausgaben (DGB, 2026a).

Die IG Metall vertritt zugleich Beschäftigte der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie. In dem gemeinsam mit dem Wirtschaftsforum der SPD und dem Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie vorgelegten Positionspapier von 2024 fordert sie eine langfristige industrielle Strategie, verlässliche Beschaffung und den Erhalt deutscher und europäischer Schlüsseltechnologien. Große außereuropäische Beschaffungen kritisiert das Papier wegen drohender Kompetenzverluste und neuer Abhängigkeiten. Diese Position setzt auf industrielle Gestaltung innerhalb der Verteidigungspolitik und unterscheidet sich von der grundsätzlicheren Kritik am rüstungsgetragenen Akkumulationsmodell. Für den Essay folgt daraus ein Spannungsverhältnis zwischen der Sicherung konkreter Arbeitsplätze und der Frage, welche Produktionsstruktur langfristig gefördert werden soll; ein gemeinsames gewerkschaftliches Gegenmodell zur Rüstungsnachfrage lässt sich aus diesen Quellen nicht ableiten (IG Metall / Wirtschaftsforum der SPD / BDSV, 2024, S. 2–4, 9–10).

Der BDI kritisiert bei der Rüstungsnachfrage vor allem die unzureichende Einbindung ziviler Unternehmen. Sein im März 2026 veröffentlichtes Lagebild beruht auf 143 Unternehmensrückmeldungen: Nur sechs Prozent berichten von regelmäßigen Umsätzen infolge steigender Verteidigungsausgaben; 72 Prozent kennen zuständige staatliche Ansprechpartner nicht oder nur teilweise. Vereinfachte Vergabe verlangen 75 Prozent, eine mehrjährige verbindliche Beschaffungsplanung 69 Prozent. Die Befragung ist ausdrücklich nicht repräsentativ; die Werte dürfen nicht als Anteile aller deutschen Unternehmen gelesen werden. Sie zeigen für die beteiligten Betriebe jedoch, dass größere Verteidigungsetats nicht automatisch zugängliche Aufträge erzeugen. Der BDI setzt auf eine engere Verzahnung ziviler und militärischer Wertschöpfung. Damit unterscheidet sich seine Kritik von der Frage, ob die stärkere Bindung industrieller Ressourcen an militärische Nachfrage gesellschaftlich wünschenswert ist (BDI, 2026b, S. 3–5).

Die BDA unterstützt die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit, macht aber Zielkonflikte beim Personal sichtbar. In ihrer Stellungnahme zum Reservestärkungsgesetz vom Juni 2026 verlangt sie einen Ausgleich zwischen dem Bedarf der Bundeswehr und betrieblichen Erfordernissen. Unternehmen müssten frühzeitig über Reserveeinsätze informiert und Erstattungen praxisgerechter ausgestaltet werden; am Prinzip doppelter Freiwilligkeit solle zunächst festgehalten werden. Ihre Kritik betrifft damit die Verteilung von Personalengpässen und Anpassungskosten. Sie ergänzt die industrielle Perspektive des BDI: Auch bei grundsätzlicher Zustimmung zur Sicherheitspolitik entstehen Konflikte darüber, wer Beschäftigte freistellt und die Folgen trägt. Diese Verbandsposition ist von einer Ablehnung der Aufrüstung zu unterscheiden (BDA, 2026b).

Während die Verteidigungspolitik zusätzliche Finanzierungsspielräume erhält, stellt sich bei der sozialen Sicherung die Frage, wie Leistungsansprüche und Finanzierungslasten neu verteilt werden.

8.4 Sozial- und Steuerpolitik zwischen Reformanspruch und Risikoverlagerung

Die Regierung will soziale Sicherheit unter veränderten demografischen und wirtschaftlichen Bedingungen finanzierbar halten. Bei der neuen Grundsicherung verbindet sie Unterstützung mit verbindlicher Mitwirkung und Vermittlungsvorrang. Strengere Pflichten begründet sie mit Fairness gegenüber Erwerbstätigen. Gesundheitlich eingeschränkte Menschen und Jugendliche sollen gezielter beraten, Vermittlung und Hilfen im Kooperationsplan verbunden werden. Ihr Anspruch ist eine raschere Arbeitsaufnahme bei fortbestehendem Schutz Hilfebedürftiger (Bundesregierung, 2026d).

Mit der Beschäftigungsintegration verbindet die Regierung auch betriebliche Flexibilität: Sachgrundlose Befristungen bis zu 48 Monaten sollen Einstellungen bei unsicherem Personalbedarf erleichtern. Ein zusätzlich angekündigtes Programm soll Jugendlichen das Nachholen von Schul- und Ausbildungsabschlüssen ermöglichen (Bundesregierung, 2026f).

Neben dem Zugang zu Arbeit steht die Finanzierung sozialer Leistungen im Mittelpunkt. Bei der Krankenversicherung verweist die Regierung auf zuletzt knapp acht Prozent jährlichen Ausgabenanstieg gegenüber etwa fünf Prozent Beitragswachstum 2025. Geringere Verwaltungs- und Werbekosten und höhere Pharmabeiträge sollen Beitragssätze stabilisieren. Der zusätzliche Bundeszuschuss für Gesundheitskosten von Grundsicherungsbeziehenden soll von 250 Millionen Euro 2027 auf zwei

Milliarden ab 2031 wachsen. Ohne Reform beziffert sie die zusätzliche jährliche Belastung bei 3.500 Euro Monatsbrutto auf rund 380 Euro; dies ist eine amtliche Szenariorechnung (Bundesregierung, 2026g).

Für die Rente nennt die Regierung ein Niveau von 48 Prozent bis 2031, stärkere Anerkennung von Kindererziehung und breitere betriebliche und private Vorsorge. Die Aktivrente soll Arbeit nach der Regelaltersgrenze durch bis zu 2.000 Euro steuerfreien Monatsverdienst fördern. Bestehende Sicherungen, steuerliche Anreize und noch nicht gesetzlich umgesetzte Kommissionsempfehlungen sind dabei zu unterscheiden (Bundesregierung, 2026g).

Klingbeil begründet den Einkommensteuerentwurf mit zehn Milliarden Euro Entlastung und stärkerer Beteiligung sehr hoher Einkommen. Eine Familie mit zwei Kindern und zwei mittleren Einkommen könne jährlich rund 600 Euro gewinnen. Vorgesehen sind 2027 ein Grundfreibetrag von 12.564 Euro, Kindergeld von 267 Euro, 2028 von 272 Euro, sowie Grenzsteuersätze von 45 Prozent ab 250.000 und 47 Prozent ab 280.000 Euro zu versteuerndem Jahreseinkommen. Der am 8. Oktober an die Ausschüsse überwiesene Entwurf war noch kein endgültiges Gesetz (Deutscher Bundestag, 2026; Bundesregierung, 2026l, S. 7–11).

Ob solche Veränderungen als Verbesserungen gelten können, hängt von Schutz, Teilhabe und Lastenverteilung ab. Eine Haushaltsentlastung allein ist kein gesellschaftlicher Fortschritt. Die Kritik unterscheidet deshalb geltende Regeln, Entwürfe und Ankündigungen und prüft deren Risiken für Beschäftigte, Versicherte und Leistungsberechtigte (Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, 2026, S. 18–22, 24–26; Butterwegge, 2026a; DGB, 2026a).

ver.di kritisiert den Vermittlungsvorrang und strengere Sanktionen: Kurzfristiger Druck könne passgenaue Qualifizierung verdrängen und prekäre Beschäftigung fördern. Rebecca Liebig verlangt gesicherte Wohnkosten auch bei Sanktionen und warnt vor Wohnungslosigkeit; nennenswerte Haushaltseinsparungen bestreitet die Gewerkschaft. Diese Kritik berührt die Diagnose des MEMORANDUMs: Fehlende geeignete Stellen, gesundheitliche Probleme und Sorgepflichten verschwinden nicht durch strengere Mitwirkung. Entscheidend ist nachhaltige Verbesserung der Lebenslage, nicht allein ein Abgang aus dem Leistungsbezug (ver.di, 2026a; Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, 2026, S. 18–22, 24–26; Völpel, 2026).

Auch bei den Beschäftigungsbedingungen ist zwischen betrieblichem Nutzen und sozialen Folgen zu unterscheiden. Die im Juli 2026 angekündigte Ausweitung sachgrundloser Befristung auf bis zu 48 Monate ist ebenfalls nicht als neutrale Modernisierung zu bewerten. Sie würde den Zeitraum verlängern, in dem Beschäftigte ohne sachlichen Befristungsgrund auf eine dauerhafte Perspektive warten müssen. Der zusätzliche Spielraum für Unternehmen hat eine soziale Kehrseite: Planung von Wohnung, Familie und beruflicher Entwicklung bleibt länger unsicher. Ein möglicher Beschäftigungseffekt müsste eigenständig belegt und gegen diese Belastungen abgewogen werden. Butterwegge kritisiert entsprechend die Verlagerung von Anpassungsrisiken auf Beschäftigte und ihre Angehörigen. Solange die angekündigte Änderung nicht umgesetzt ist, richtet sich die Kritik auf das Vorhaben (Bundesregierung, 2026f; Butterwegge, 2026a).

Die BDA beurteilt die Beschäftigungspolitik aus einer anderen Perspektive. Ihr Reformpapier vom 12. Oktober 2026 begrüßt die Lockerung sachgrundloser Befristungen und fordert eine Begrenzung des Arbeitslosengeldbezugs auf zwölf Monate. Im Vordergrund stehen Arbeitsangebot, Arbeitskosten und Beitragsstabilität. Der Gegensatz zu ver.dis Kritik am Vermittlungsdruck betrifft damit auch die Frage, wie viel Unsicherheit Beschäftigten zugemutet werden soll. Die behaupteten Beschäftigungswirkungen sind gesondert zu prüfen (BDA, 2026a, S. 2–4; ver.di, 2026a).

Allerdings wäre es verkürzt, die BDA-Position auf Leistungskürzungen zu reduzieren. Ihr Papier zur Sozialstaatskommission vom Januar 2026 fordert auch gebündelte Leistungen, einheitlichere Begriffe, digitale Verfahren und gezielte Unterstützung arbeitsmarktferner Menschen. Solche Vorschläge können Zugangsbarrieren senken. Bei den Erwerbsanreizen verlangt sie zugleich eine veränderte Einkommensanrechnung zugunsten einer stärkeren Ausweitung der Arbeitszeit. Für die Kritik folgt

daraus, Verwaltungsvereinfachung, verbesserte Unterstützung und Einschränkungen von Ansprüchen getrennt zu bewerten. Gerade wenn mehr Erwerbstätigkeit erwartet wird, gehören erreichbare Kinderbetreuung, Gesundheit und verfügbare geeignete Arbeitsplätze zur Prüfung. Effizienz lässt sich weder allein an eingesparten Verwaltungskosten noch allein an einer kürzeren Leistungsbezugsdauer ablesen (BDA, 2026c).

Bei Gesundheit und Pflege richtet sich die Kritik auf Versorgung und Finanzierung. Butterwegges allgemeine solidarische Bürgerversicherung würde Versichertenkreis und beitragspflichtige Einkunftsarten erweitern; ihre Ergiebigkeit und Übergänge wären gesondert zu berechnen. Der DGB verlangt dynamisierte Bundeszuschüsse für Kranken- und Pflegeversicherung, kostendeckende Steuerfinanzierung gesamtgesellschaftlicher Leistungen und fortbestehende paritätische Arbeitgeberbeteiligung. Damit widerspricht er einer Entlastung des Bundes auf Kosten der lohnbezogenen Beitragsbasis. Das MEMORANDUM unterstreicht ergänzend, dass soziale Sicherung Lebensrisiken begrenzt und Nachfrage stabilisiert (Butterwegge, 2026b; DGB, 2026c; Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, 2026, S. 18–22, 24–26).

ver.di legt einen besonderen Akzent auf die Verbindung von Versorgungsqualität und Beschäftigungsbedingungen. Im Oktober 2026 kritisiert die Gewerkschaft Pläne, Tarifsteigerungen in Kranken- und Altenpflege nicht mehr vollständig zu refinanzieren. Sie befürchtet Personalabbau oder schlechtere Bezahlung und dadurch Nachteile auch für Patientinnen, Patienten und Angehörige. Höhere Eigenanteile und Zuzahlungen bewertet sie als zusätzliche Privatisierung von Gesundheits- und Pflegerisiken. Anstelle solcher Belastungen fordert sie eine solidarischere Finanzierung. In dieser Perspektive ist Sozialpolitik zugleich Arbeitsmarkt- und Infrastrukturpolitik: Eine rechnerische Ausgabenbegrenzung kann die Leistungen schwächen, auf die Haushalte und die übrige Wirtschaft angewiesen sind (ver.di, 2026b).

Für die Alterssicherung ist das Rentenniveau von 48 Prozent eine reale Sicherung, beseitigt aber niedrige Renten durch geringe Löhne und Erwerbsunterbrechungen nicht. Bei der empfohlenen zusätzlichen Pflicht-Kapitalrente bleiben Beitrags-, Anlage-, Kosten- und Übergangsrisiken zu prüfen; gerade knappe Einkommen könnten belastet werden. Die Empfehlung ist noch kein geltendes Gesetz (Bundesregierung, 2026g; Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, 2026, S. 18–22, 24–26).

Die BDA fordert dagegen eine höhere Regelaltersgrenze und das Ende abschlagsfreier Frührente. Eine zusätzliche verpflichtende Kapitalvorsorge akzeptiert sie nur bei einem Ausgleich der Mehrbelastungen an anderer Stelle. Hier steht die Begrenzung von Beiträgen und Arbeitskosten dem gewerkschaftlichen Schutz erworbener Ansprüche gegenüber. Dass beide Seiten Finanzierbarkeit verlangen, bedeutet deshalb noch keine Einigkeit über Leistungsniveau und Lastenträger (BDA, 2026a, S. 2–4; DGB, 2026c).

Bei der Steuerpolitik stellt sich schließlich die Frage nach dem verfügbaren Einkommen insgesamt. Höhere Freibeträge und Kindergeld können entlasten, höhere Spitzensteuersätze einen verteilungspolitischen Gegenakzent setzen. Linke und Grüne kritisieren Umfang und Verteilungswirkung des Entwurfs. Zu prüfen bleibt die Gesamtbilanz nach Haushaltstypen: Sozialbeiträge, private Gesundheits- und Pflegekosten oder schwächere öffentliche Leistungen können steuerliche Gewinne aufzehren. Ohne entsprechende Berechnung dürfen diese Größen weder pauschal addiert noch als bereits eingetretene Nettobelastung ausgegeben werden (Deutscher Bundestag, 2026; Seipp, 2026; WDR / Infratest dimap, 2026b).

Über die Einzelmaßnahmen hinaus kritisiert der DGB die Schonung hoher Einkommen, Gewinne und Vermögen bei Belastungen breiter Bevölkerungsschichten. Die IG Metall fordert stärkere Beiträge sehr hoher Einkommen, Vermögen und Erbschaften und versteht soziale Sicherheit als Voraussetzung akzeptierter Transformation. Dem steht die BDI-Forderung nach geringeren Abgaben und Ausgabendisziplin gegenüber. Völpel deutet den Regierungskurs als Verlagerung gesellschaftlicher Risiken auf Einzelne. Der Konflikt betrifft folglich nicht nur Einsparvolumen, sondern den gesellschaftlichen Zweck und die Verteilung sozialer Sicherung (DGB, 2026a; IG Metall, 2026; BDI, 2026a; Völpel, 2026).

Die Gegenüberstellung zeigt unterschiedliche Reformmaßstäbe: Die Regierung verspricht Finanzierbarkeit und Beschäftigung, Gewerkschaften verlangen verlässliche Ansprüche und Versorgung, Arbeitgeber ein stärkeres Arbeitsangebot und begrenzte Arbeitskosten. Diese Gegensätze erklären noch nicht die politische Wirkung. Dafür ist anschließend die Wahrnehmung durch die Bevölkerung zu betrachten.

8.5 Reformakzeptanz und politische Bindung

Der Kurs der Bundesregierung verbindet staatlich gestützte zivile und militärische Nachfrage mit selektiver Ausgabenbegrenzung. Eine durchgängige Austerität beschreibt ihn ebenso wenig wie ein einheitliches keynesianisches Programm: Verteidigung wird vor allem sicherheitspolitisch begründet. Für die hegemoniale Vermittlung zählt, ob die Prioritäten als tragfähiger Kompromiss gelten. Mit Bourdieu sind zugleich die nach Einkommen, Vermögen und Absicherung ungleichen Erfahrungen solcher Entscheidungen zu berücksichtigen (Gramsci, 1991–2002; Bourdieu, 1982; Bourdieu, 2001).

Die Regierungszufriedenheit sank im ARD-DeutschlandTrend von 40 Prozent im Juni 2025 auf zehn Prozent Anfang Oktober 2026. Das Politbarometer vom September ermittelte bei anderer Frage 20 Prozent positive Bewertungen. Beide zeigen Unzufriedenheit, sind aber nicht identische Messungen (Infratest dimap, 2025; WDR / Infratest dimap, 2026a; Forschungsgruppe Wahlen, 2026a).

Im RTL/ntv-Trendbarometer vom 13. Oktober waren elf Prozent mit Merz zufrieden, 87 Prozent unzufrieden; befragt wurden vom 9. bis 12. Oktober 1.006 Personen. Dies ist eine Kanzler-, keine Regierungsbewertung. In einer gesonderten Kompetenzfrage nannten 55 Prozent keine Partei. Das verweist auf ein breiteres Repräsentationsproblem, erklärt jedoch keine individuellen Wahlentscheidungen (RTL/ntv / Forsa, 2026).

Im DeutschlandTrend Oktober trauten 17 Prozent der Regierung zukunftsfeste Sozialversicherungen zu, 79 Prozent nicht. 77 Prozent empfanden trotz Entlastungsversprechen wachsende Belastungen. Zugleich akzeptierten 50 Prozent begründete Einschnitte und 61 Prozent eine Staffelung nach Finanzlage; 41 Prozent bevorzugten höhere Beiträge, 37 Prozent Leistungskürzungen. Ablehnung dieses Kurses bedeutet somit keine generelle Reformverweigerung (WDR / Infratest dimap, 2026b).

Im Politbarometer vom 8. Oktober bewerteten 59 Prozent die Reformrichtung negativ und 80 Prozent die Lastenverteilung als ungerecht; 77 Prozent befürworteten höhere Pflegebeiträge für Gutverdienende. Die Feldzeit 5.–7. Oktober lag vor dem Wechsel im Arbeitsministerium. Die Befunde zeigen die Bedeutung der Verteilung, nicht dessen Wirkung (Forschungsgruppe Wahlen, 2026d).

Der Vergleich der Verbandspositionen hilft, diese Wahrnehmung einzuordnen: Wirtschaftsverbänden gehen Entlastung und Reformtempo oft nicht weit genug, während Gewerkschaften dieselben Vorhaben als sozial schädlich kritisieren. Gemeinsame Investitionsforderungen eröffnen dennoch Kompromissmöglichkeiten. Wie die konkurrierenden Erwartungen in Entscheidungen eingehen und politische Zustimmung beeinflussen, bleibt getrennt zu untersuchen (BDA, 2026a; BDI, 2026a; DGB, 2026a; ver.di, 2026b).

Union und SPD stehen dabei vor unterschiedlichen Aufgaben. CDU und CSU müssen wirtschaftliche Modernisierung mit breiter Integration verbinden; die SPD ihre sozialen Prioritäten als handlungsbestimmend durchsetzen. Ihre schwache Wahlposition birgt das Risiko einer subalternen Rolle im Bündnis, beweist aber keinen vollständigen Einflussverlust. Ob sie führt oder vorwiegend absichert, wäre an Entscheidungen und Durchsetzungserfolgen zu prüfen. Die Folgen des Wechsels im Arbeitsministerium waren am 19. Oktober offen (Bundesregierung, 2026a).

Hier schließt Kapitel 7 an: Enttäuschte Sicherheitsversprechen können soziale Vertretungsglaubwürdigkeit und wirtschaftlichen Kompetenzanspruch schwächen. Politische Reaktionen hängen aber auch von kulturellen Orientierungen, bisherigen Bindungen und Konkurrenzangeboten ab. Die aktuelle Regierungspraxis bearbeitet längerfristige Probleme; sie erklärt nicht rückwirkend den gesamten Niedergang seit den 1990er-Jahren.

Ein Erneuerungsvorschlag müsste deshalb für die Union tragfähige Modernisierung und demokratische Integration, für die SPD erkennbare soziale Interessenvertretung und gesellschaftliche Verankerung konkretisieren. Dies sind analytische Möglichkeiten, keine nachgewiesenen Parteistrategien. Ihre Realisierung setzt organisierte Unterstützung und veränderte Prioritäten voraus; die Grenzen untersucht das Fazit.

9 Fazit und Grenzen einer möglichen Erneuerung

Ausgehend von den Wahlsiegen der Union 1994 und der SPD 1998 zeigt sich bis 2025 ein erheblicher Verlust an Stimmenanteilen. Diese Bezugspunkte sind keine Datierung eines einheitlichen Krisenbeginns. Die Gewinne der Union bei der Bundestagswahl 2025 und starke Landesergebnisse widersprechen einem kontinuierlichen Rückgang bei jeder Wahl und in jeder Region. Gut begründet ist dagegen die Diagnose einer längerfristigen Erosion gemeinsamer gesellschaftlicher Reichweite: Die gemeinsame Stimmenbasis schrumpft im untersuchten Zeitraum, Wählerschaften und Mitgliedschaften altern, und unterschiedliche Interessen lassen sich schwerer zu einem Regierungsprojekt verbinden. Bayern verdeutlicht die Unterschiede besonders deutlich: Die CSU bewahrt trotz des Verlusts früherer Vorrangstellung erhebliche organisatorische und staatliche Macht, während die SPD landesweit weit stärker marginalisiert ist. Die Erwerbsstellungsdaten zeigen darüber hinaus, dass selbst innerhalb gleicher Tätigkeitsgruppen sehr unterschiedliche Parteibindungen fortbestehen. Es verschwindet somit keine überall gleichartige soziale Wählerbasis; vielmehr verlieren regional verschieden tragfähige Verbindungen an Reichweite oder bestehen unter besonderen Bedingungen fort (Infratest dimap / ARD, 2025c; Konrad-Adenauer-Stiftung, 2026b, S. 20; Konrad-Adenauer-Stiftung, 2026a; Neu / Pokorny, 2026, S. 23; Infratest dimap / ARD, 2026b; Infratest dimap / ARD, 2026a).

Die Konkurrenzentwicklung besonders seit 2024 verstärkt diese Entwicklung auf unterschiedlichen Wegen. Die AfD verbindet Unzufriedenheit mit einem Angebot nationaler Kontrolle und gewinnt zugleich Zustimmung zu ihren politischen Forderungen. Die Linke konkurriert besonders um soziale Interessenvertretung und junge Wählerschaften; die Grünen können regional einen breiten Regierungsanspruch behaupten. Das BSW erweitert das Angebot für sozial und außenpolitisch Unzufriedene, ohne bisher durchgehend stabile Bindungen zu schaffen. Nicht jeder Gewinn dieser Parteien stammt jedoch von Union oder SPD. Direkte Abwanderung, Mobilisierung früherer Nichtwähler und ausbleibende Gewinnung jüngerer Generationen sind verschiedene Mechanismen der Veränderung (Forschungsgruppe Wahlen, 2024; Forschungsgruppe Wahlen, 2025; Schwesinger, 2026a; Forschungsgruppe Wahlen, 2026b; Forschungsgruppe Wahlen, 2026c; Schwesinger, 2024; Schwesinger, 2026b; Infratest dimap / ARD, 2026b; Infratest dimap, 2026b).

Die Regierungspraxis seit 2025 macht die Schwierigkeit eines neuen Kompromisses sichtbar. Öffentliche Investitionen eröffnen Chancen besserer Leistungen, ungleich verteilte Reformlasten können zugleich soziale Sicherheitsversprechen schwächen. Die bis zum 19. Oktober verfügbaren Befunde verbinden günstigere konjunkturelle Wachstumsaussichten mit schwachen Regierungsumfragen und Kritik an der Lastenverteilung. Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände stimmen teilweise bei Investitionen überein, unterscheiden sich aber bei Finanzierung und sozialen Ansprüchen. Eine konjunkturelle Erholung allein gewährleistet deshalb keine erneuerte Bindung. Die einzelnen Wirkungswege sind mit dem vorliegenden Material nicht kausal bestimmbar (Seipp, 2026; Forschungsgruppe Wahlen, 2026d; Bundesregierung, 2026c; Statistisches Bundesamt, 2026c; Infratest dimap, 2026b; Deutscher Bundestag, 2026; DGB, 2026a; IG Metall, 2026; ver.di, 2026b; BDA, 2026a; BDI, 2026a).

Die politischen Risiken unterscheiden sich: Für die SPD steht besonders die Glaubwürdigkeit sozialer Interessenvertretung zur Debatte, für CDU und CSU der Anspruch auf wirtschaftliche Kompetenz, verlässliche Ordnung und wirksame Modernisierung. Die regionalen Unterschiede eröffnen begrenzte Handlungsmöglichkeiten, belegen jedoch noch keine bundesweite Erneuerungsfähigkeit. Wie weit diese Möglichkeiten genutzt werden können, hängt von den tatsächlichen Interessenbindungen und Kräfteverhältnissen der Parteien ab (Infratest dimap, 2026b; CDU/CSU, 2025; Launert, 2025, S. 26; SPD,

2025; Infratest dimap / ARD, 2025c; Konrad-Adenauer-Stiftung, 2026b, S. 20; Konrad-Adenauer-Stiftung, 2026a; Neu / Pokorny, 2026, S. 23; Infratest dimap / ARD, 2026b; Infratest dimap / ARD, 2026a).

Die Zusammenschau von Gramsci und Bourdieu verbindet materielle Kompromisse und gesellschaftliche Führung mit Erfahrungen politischer Anerkennung. Sie erklärt die Parteienkrise als gestörte Beziehung zwischen sozialen Lebenslagen, organisierter Interessenvertretung und staatlichen Entscheidungen, die durch Kommunikation allein nicht erneuert werden kann.

Die gramscianische Prüfung führt zu einer abgestuften Antwort: Für eine ungleich verlaufende Erosion gesellschaftlicher Führungsfähigkeit von CDU, CSU und SPD bestehen deutliche Indizien. Strukturprobleme, Verteilungskonflikte und geschwächte Repräsentation können die Krise vertiefen. Einen abgeschlossenen Hegemonieverlust des herrschenden Blocks belegen sie nicht. Interregnums-Tendenzen bleiben eine Deutung umkämpfter Neuordnung, begrenzt durch fortbestehende Institutionenmacht und Anpassungsfähigkeit. Die Verbandskritik zeigt dabei konkurrierende Prioritäten, aber keinen nachgewiesenen Bruch dominanter wirtschaftlicher Kräfte mit den Regierungsparteien.

Als idealtypischer Maßstab lässt sich eine Erneuerung beschreiben, die materielle Verbesserungen, gesellschaftliche Verankerung und eine überzeugende demokratische Deutung des Wandels verbindet. Die wirtschafts- und sozialpolitischen Beiträge dieses Essays konkretisieren mögliche Voraussetzungen: Schutz vor Krisenlasten, verlässliche öffentliche Leistungen, soziale Rechte und Beteiligung am wirtschaftlichen Umbau. Daraus folgt jedoch weder, dass CDU, CSU und SPD dieses Konzept anstreben, noch dass es unter ihren tatsächlichen politischen Bedingungen durchsetzbar wäre. Materielle Sicherheit ersetzt zudem weder die Auseinandersetzung mit ausgrenzenden und autoritären Deutungen noch die Verteidigung demokratischer Gleichheit. Sozialpolitik allein erklärt oder überwindet den Aufstieg der AfD nicht (Krebs, 2024; Krebs / Weber, 2024, Abschn. 2–3; Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, 2026, S. 24–26; Foullong, 2024; Krebs, 2025, S. 13–20; Hickel, 2026; Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, 2026, S. 18–22, 24–26; Krebs / Weber, 2025; Butterwegge, 2025; Butterwegge, 2026a; Butterwegge, 2026b; Seipp, 2026; Sablowski, 2026; Witt, 2026; Völpel, 2026; DGB, 2026a).

Die Realisierungschancen sind angesichts der im Essay untersuchten Politik begrenzt und zwischen den Parteien verschieden. Bei CDU und CSU würde eine stärker sozial ausgleichende Modernisierung Konflikte mit wirtschaftsliberalen Positionen, unternehmerischen Interessen und dem Anspruch niedriger Steuerbelastung auslösen. Hinzu kommt die Spannung zwischen einer breiten gesellschaftlichen Integration und einer auf kulturelle Abgrenzung zugespitzten Konkurrenz zur AfD. Daraus folgt keine prinzipielle Unfähigkeit zur Anpassung: Investitionsentscheidungen, sozialstaatliche Traditionen und regionale Erfahrungen bieten Anknüpfungspunkte. Eine umfassende Umsetzung des hier entwickelten Maßstabs würde aber politische Prioritäten und innerparteiliche Kräfteverhältnisse verändern müssen; sie lässt sich nicht aus dem bloßen Interesse am eigenen Wahlerfolg ableiten (CDU/CSU, 2025; Bayerische Staatsregierung / CSU und Freie Wähler, 2023; Forschungsgruppe Wahlen, 2026d; Launert, 2025, S. 26).

Die SPD besitzt mit ihrer sozialstaatlichen Programmatik eine größere inhaltliche Nähe zu Teilen dieses Konzepts. Programmnähe ist jedoch keine Durchsetzungsmacht. Ihre schwache Wahlposition, Koalitionskompromisse und die Mitverantwortung für kritisierte Entscheidungen begrenzen die Möglichkeit, einen eigenständigen Kurs glaubwürdig zu vertreten. Eine sozialpolitische Neuorientierung müsste sich deshalb auch gegen eingespielte Regierungsroutinen und gegebenenfalls gegen den Koalitionspartner behaupten. Ob dafür eine tragfähige innerparteiliche Mehrheit, gesellschaftlicher Druck und ausreichende organisatorische Verbindungen bestehen, weist der Essay nicht nach. Ein neues Programm oder ein Personalwechsel allein wären dafür kein hinreichender Beleg (SPD, 2025; SPD, 2026; Butterwegge, 2026a; Bundesregierung, 2026a).

Unter diesen Bedingungen erscheint eine selektive Anpassung eher vorstellbar als die geschlossene Verwirklichung des idealtypischen Konzepts. Die gemeinsamen Forderungen nach Infrastruktur, Bildung und besserer Verwaltung eröffnen begrenzte Kompromissmöglichkeiten. Konflikte über Besteuerung, Sozialansprüche und Beschäftigtenrechte bleiben jedoch bestehen. Weitergehende Veränderungen würden

organisierte gesellschaftliche Forderungen, innerparteiliche Auseinandersetzungen und Bündnisse voraussetzen, die andere Prioritäten durchsetzbar machen. Die ausgewerteten Verbandspositionen belegen diese Kräfteverhältnisse nicht vollständig; dies bleibt eine qualitative Einschätzung, keine Erfolgsprognose.

Die weitere empirische Prüfung sollte die in Kapitel 6.3 benannten Lücken durch Längsschnittuntersuchungen schließen. Bei Konflikten um Krankenhausversorgung, Betriebsschließungen oder Wohnkosten wäre zu verfolgen, wer Forderungen formuliert, welche Partei sie aufnimmt und ob die Beteiligten sich nach Entscheidungen repräsentiert fühlen. Ergänzend wären die soziale Zusammensetzung aktiver Parteiorganisationen, Veränderungen von Elitenbündnissen und die Zustimmung zur politischen und wirtschaftlichen Ordnung zu erfassen. Historische Erosion, jüngere Zuspitzung und aktuelle Regierungseffekte müssen dabei unterschieden bleiben. Eine erneute Wahlmehrheit allein würde die Vermittlungskrise ebenso wenig widerlegen wie ein weiterer Stimmenverlust bereits eine organische Krise beweisen würde (Gramsci, 1991–2002; Bourdieu, 1982; Bourdieu, 2001; Schäfer / Zürn, 2021).

Ob CDU, CSU und SPD über begrenzte Anpassungen hinauskommen, bleibt offen.

Literaturverzeichnis

AfD (2025a): Zeit für Deutschland. Bundestagswahlprogramm.

AfD (2025b): Zeit für Wohlstand, Sicherheit und Zusammenhalt. Vorstellung des Bundestagswahlprogramms, 3. Februar.

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2026): MEMORANDUM 2026. Aufbruch aus der Mehrfachkrise: Gerechte Finanzpolitik, stabiler Sozialstaat und nachhaltige Transformation. 30. April, insbesondere S. 18–26.

Baden-Württemberg (2026): Endgültiges Ergebnis der Landtagswahl 2026 einschließlich Vergleich zur Vorwahl.

Bayerische Staatsregierung / CSU und Freie Wähler (2023): Koalitionsvertrag 2023–2028. Freiheit und Stabilität.

Bayerischer Landeswahlleiter (2026): Landtagswahl 2023. Historische Ergebnisse 1946–2023. Bericht B7243C 202351, korrigiert 12. Mai 2026.

Bayerischer Rundfunk (2026): BR24 BayernTrend: CSU bleibt klar stärkste Kraft, AfD und Grüne legen zu. Pressemitteilung vom 20. Oktober. Infratest dimap, Feldzeit 12.–17. Oktober 2026, 1.207 Wahlberechtigte, Telefon- und Online-Erhebung.

BDA (2026a): Reformen für den Aufschwung. Arbeitsmarkt- und sozialpolitische Weichenstellungen für Investitionen, Wachstum und Beschäftigung. Positionspapier vom 12. Oktober, insbesondere S. 1–5.

BDA (2026b): Reserve stärken – wirtschaftliche Belange und Einsatzfähigkeit gemeinsam sichern. Stellungnahme zum Referentenentwurf des Reservestärkungsgesetzes vom 26. Mai 2026, Juni.

BDA (2026c): Sozialstaat neugestalten: Effizienz, Fairness und Eigenverantwortung. Positionspapier zur Kommission zur Sozialstaatsreform, 14. Januar.

BDI (2025): BDI zum Haushalt 2026: Richtiges Signal, das bei Weitem nicht ausreicht. Pressemitteilung vom 30. Juli.

BDI (2026a): Steuerschätzung: Verstärkt Handlungsdruck, die Wachstumskräfte zu fördern und den Haushalt zu konsolidieren. Pressemitteilung vom 8. Mai.

BDI (2026b): Zusammenarbeit zivile Wirtschaft mit Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (SVI). Lagebild vom 17. März, veröffentlicht am 19. März, insbesondere S. 3–5.

BILD / INSA (2026): Nur noch 18 Prozent! Die Union verliert, die AfD aber auch. 17. Oktober. INSA: n = 1.206, Feldzeit 12.–16. Oktober.

Bourdieu, Pierre (1982): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Bourdieu, Pierre (2001): Das politische Feld. Zur Kritik der politischen Vernunft. Konstanz: UVK.

BSW (2025): Unser Land verdient mehr. Bundestagswahlprogramm.

Bundesbank (2026a): Deutsche Wirtschaft auf Erholungskurs, 20. August. Abruf: 3.10.2026.

Bundesbank (2026b): Nagel, Strukturelle Herausforderungen, 8. Mai. Abruf: 3.10.2026.

Bundesministerium der Finanzen (2025): Der Wachstumsbooster kommt. Investitionssofortprogramm zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland. Abruf: 21.10.2026.

Bundesregierung (2025): Bundeshaushalt 2026, 19. Dezember. Abruf: 3.10.2026.

Bundesregierung (2026a): Alexander Schweitzer ist neuer Arbeits- und Sozialminister. 14. Oktober; Ernennung am 13. Oktober.

Bundesregierung (2026b): Bundeshaushalt 2027, 10. September. Abruf: 3.10.2026.

Bundesregierung (2026c): Herbstprojektion 2026, 8. Oktober.

Bundesregierung (2026d): Neue Grundsicherung löst Bürgergeld ab. 1. Juli.

Bundesregierung (2026e): Regierungserklärung von Bundeskanzler Friedrich Merz zum Europäischen Rat. Bundestag, 14. Oktober.

Bundesregierung (2026f): Regierungskoalition setzt Reformkurs fort. 2. Juli.

Bundesregierung (2026g): So reformieren wir unsere Sozialversicherungen. 12. August.

Bundesregierung (2026h): Deutschlandfonds. Investitionen für mehr Wachstum in Deutschland. 16. Juli.

Bundesregierung (2026i): Das macht die Bundesregierung für Entlastungen bei den Energiepreisen. 2. September.

Bundesregierung (2026j): Neues Wirtschaftswachstum und gute Arbeit. 10. September.

Bundesregierung (2026k): Rede von Bundesfinanzminister Lars Klingbeil zum Haushaltsgesetz 2027. 8. September.

Bundesregierung (2026l): Entwurf eines Einkommensteuerreformgesetzes 2027. Bundestagsdrucksache 21/8235, 28. September, insbesondere S. 7–11.

Bundesregierung (o. J.): Fragen und Antworten zum Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität.

Bundesregierung (o. J.b): Hightech Agenda Deutschland. Kabinettbeschluss und Programmdarstellung. Abruf: 21.10.2026.

Bundeswahlleiterin (2025a): Bundestagswahl 2025, Heft 4. Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Geschlecht und Altersgruppen.

Bundeswahlleiterin (1994): Bundestagswahl 1994. Endgültiges Ergebnis Deutschland.

Bundeswahlleiterin (1998): Bundestagswahl 1998. Endgültiges Ergebnis Deutschland.

Bundeswahlleiterin (2021): Bundestagswahl 2021. Endgültiges Ergebnis Deutschland einschließlich Teilwiederholung Berlin.

Bundeswahlleiterin (2025b): Bundestagswahl 2025. Endgültiges Ergebnis Deutschland.

Bundeswahlleiterin (o. J.a): Landeswahlergebnisse Bremen und Hessen 2023 sowie Hamburg 2025.

Bundeswahlleiterin (o. J.b): Landeswahlergebnisse und historische Archive. Saarland, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen 2022.

Bundeswahlleiterin (2026a): Mecklenburg-Vorpommern. Ergebnisse 2026 und Zugang zu früheren Wahlen.

Bundeswahlleiterin (2026b): Sachsen-Anhalt. Ergebnisse 2026 und Zugang zu früheren Wahlen.

Bundeszentrale für politische Bildung (o. J.): Katholische und evangelische Kirche, historische Mitgliederreihe einschließlich 1990. Abruf: 3.10.2026.

Butterwegge, Christoph (2025): Von der Ampel zu Merz: Das Ende der Solidarität. Blätter für deutsche und internationale Politik, März.

Butterwegge, Christoph (2026a): Reformen auf dem Rücken von Schwächeren – Was die Bundesregierung plant, unterminiert den Sozialstaat. Blog der Republik, 3. Juli. Gastbeitrag.

Butterwegge, Christoph (2026b): Es wäre nur ein Schritt nötig, um die Zweiklassenmedizin zu beenden. der Freitag, 28. September.

Bündnis 90/Die Grünen (2025a): Zusammen wachsen. Programmdarstellung zur Bundestagswahl.

Bündnis 90/Die Grünen (2025b): Zusammen wachsen. Regierungsprogramm.

CDU/CSU (2025): Politikwechsel für Deutschland. Gemeinsames Bundestagswahlprogramm.

Decker, Frank (2026): Politische Parteien. Begriff und Typologien. Bundeszentrale für politische Bildung, 8. Januar.

Statistisches Bundesamt (2026a): Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2025 um 0,2 Prozent gewachsen. Erste Jahresberechnung, Pressemitteilung 017/2026.

Statistisches Bundesamt (2026b): Inflationsrate im Jahr 2025 bei 2,2 Prozent. Korrigierte Pressemitteilung 019/2026.

Deutsche Bischofskonferenz (2025): Kirchenstatistik 2024. Abruf: 3.10.2026.

Deutsche Bischofskonferenz (2026): Kirchenstatistik 2025. Abruf: 3.10.2026.

Deutscher Bundestag (2026): Einkommensteuerreformgesetz soll kleine und mittlere Einkommen entlasten. Erste Lesung und Ausschussüberweisung, 8. Oktober; Drucksachen 21/8235 und 21/8283.

DGB (2026a): Bundeshaushalt 2027: Zwischen Investitionen, Rüstung und Kürzungskurs. klartext Nr. 31/2026, 7. September.

DGB (2026b): Mitgliederzahlen, Jahresstände 1991, 2021 und 2025. Abruf: 3.10.2026.

DGB (2026c): Sozialstaat stärken, Demokratie sichern – DGB-Bundeskongress beschließt Modernisierungsoffensive. Pressemitteilung vom 12. Mai.

Die Linke (2025a): Alle wollen regieren. Wir wollen verändern! Bundestagswahlprogramm.

Die Linke (2025b): Konkretisierung Mietenkampagne.

Deutschlandfunk (2026): Die Linke. Parteivorsitzende Schwerdtner: Zahl der Mitglieder innerhalb eines Jahres mehr als verdoppelt. 24. Januar. Angaben zur Mitgliedschaft Ende 2025.

dpa (2025): BSW organisiert den Parteinachwuchs. Newsflash24, 26. Juli.

EKD (2026): Kirchenmitgliederstatistik, Stand 31. Dezember 2025. Abruf: 3.10.2026.

forsa (2026): dbb Bürgerbefragung Öffentlicher Dienst 2026. Der öffentliche Dienst aus Sicht der Bevölkerung. Im Auftrag des dbb beamtenbund und tarifunion. 17. Juli, insbesondere S. 1, 3–4.

Forschungsgruppe Wahlen (2024): Europawahl, 9. Juni 2024. Wahlanalyse.

Forschungsgruppe Wahlen (2025): Bundestagswahl, 23. Februar 2025. Wahlanalyse, 24. Februar.

Forschungsgruppe Wahlen (2026a): Politbarometer September. Veröffentlichung 25. September.

Forschungsgruppe Wahlen (2026b): Wahl zum Abgeordnetenhaus Berlin, 20. September 2026. Wahlanalyse, 21. September.

Forschungsgruppe Wahlen (2026c): Landtagswahl in Baden-Württemberg, 8. März 2026. Wahlanalyse, 9. März.

Forschungsgruppe Wahlen (2026d): Politbarometer Oktober I, 8. Oktober. Feldzeit 5.–7. Oktober, n = 1.311.

Foullong, Uwe (2024): Aus der Geschichte lernen: Antifaschistische Wirtschaftspolitik gegen Rechtsextremismus. 18. Dezember. Website der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik.

Gibowski, Wolfgang G. / Kaase, Max (1991): Auf dem Weg zum politischen Alltag. Eine Analyse der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl vom 2. Dezember 1990. Aus Politik und Zeitgeschichte, 11–12/1991, 8. März.

Gramsci, Antonio (1991–2002): Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe in zehn Bänden. Hamburg/Berlin: Argument.

Gramsci, Antonio (1999): Selections from the Prison Notebooks. Herausgegeben und übersetzt von Quintin Hoare und Geoffrey Nowell Smith. London: The Electric Book Company. Elektronische Ausgabe nach der Ausgabe von 1971; Seitenangaben beziehen sich auf die elektronische Ausgabe.

Grundgesetz: Artikel 109 Absatz 3. Haushaltswirtschaft und Kreditaufnahme von Bund und Ländern. Geltende Fassung, Abruf: 21.10.2026.

Hickel, Rudolf (2026): Rüstungsausgaben gesamtwirtschaftlich kaum rentabel. Die Kontroverse um den fiskalischen Ausgaben-Multiplikator. Website der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik.

Hohendanner, Christian / Kohaut, Susanne (2025): Tarifbindung und betriebliche Mitbestimmung. Keine Trendwende in Sicht. IAB-Forum.

IG Metall / Wirtschaftsforum der SPD / Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV) (2024): Souveränität und Resilienz sichern. Industriepolitische Leitlinien und Instrumente für eine zukunftsfähige Sicherheits- und Verteidigungsindustrie, insbesondere S. 2–4, 9–10.

IG Metall (2026): „Sozialabbau schafft kein Wachstum“ – mehr Investitionen, Industriepolitik und starke Tarifverträge. Pressemitteilung vom 29. April.

Infratest dimap (2025): ARD-DeutschlandTrend Juni.

Infratest dimap (2026a): ARD-DeutschlandTrend Oktober. Veröffentlichung 1. Oktober.

Infratest dimap (2026b): Baden-WürttembergTREND Oktober. Feldzeit 8.–13. Oktober, n = 1.191.

Infratest dimap / ARD (2021): Bundestagswahl. Wählerwanderung.

Infratest dimap / ARD (2025a): Bundestagswahl. Wahlverhalten nach Berufsgruppen einschließlich Vergleich 2021.

Infratest dimap / ARD (2025b): Bundestagswahl. Wählerwanderung.

Infratest dimap / ARD (2025c): Bürgerschaftswahl Hamburg. Wen wählten Angestellte und Selbstständige? 2. März, Stand 23:33 Uhr.

Infratest dimap / ARD (2026a): Abgeordnetenhauswahl Berlin. Grafiken und Analysen, Stimmanteile nach Tätigkeit, 21. September.

Infratest dimap / ARD (2026b): Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern. Grafiken und Analysen, Stimmanteile nach Tätigkeit, 21. September.

INSA (2026): Meinungstrend 28. September. Aktuelle Institutstabelle, Abrufstand 3. Oktober.

Ipsos (2026): Sonntagsfrage – aktuelle Umfrageergebnisse zum Wahltrend. 8. Oktober, im Auftrag des SPIEGEL; Feldzeit 30. September–4. Oktober.

Jesse, Eckhard (2021): Krise (und Ende?) der Volksparteien. Aus Politik und Zeitgeschichte, 26–27/2021.

Kirchheimer, Otto (1965): Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems. Politische Vierteljahresschrift 6, Heft 1, S. 20–41.

Konrad-Adenauer-Stiftung (2026a): Landtagswahl in Rheinland-Pfalz am 22. März 2026. Endgültiges Ergebnis. Tabelle Wahlverhalten nach Beruf/Tätigkeit; Daten: Infratest dimap.

Konrad-Adenauer-Stiftung (2026b): Wahlanalyse der Landtagswahl in Baden-Württemberg am 8. März 2026. Tabelle Wahlverhalten nach Beruf/Tätigkeit, S. 20; Daten: Infratest dimap.

Koß, Michael (2025): Abschied von den Allerweltsparteien? Aus Politik und Zeitgeschichte, 27–28/2025.

Krebs, Tom (2024): Fehldiagnose. Wie Ökonomen die Wirtschaft ruinieren und die Gesellschaft spalten. Neu-Isenburg: Westend.

Krebs, Tom (2025): Eine Investitionsregel zur Reform der Schuldenbremse. Working Paper Forschungsförderung 363. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung.

Krebs, Tom / Kaczmarczyk, Patrick (2025): Wirtschaftliche Auswirkungen von Militärausgaben in Deutschland. Universität Mannheim, Juni, insbesondere S. 15–23.

Krebs, Tom / Weber, Isabella (2024): Can Price Controls Be Optimal? The Economics of the Energy Shock in Germany. IZA Discussion Paper 17043, Juni.

Krebs, Tom / Weber, Isabella (2025): The Green Transformation and the Costs of Market Fundamentalism. IZA Discussion Paper 17834, April.

Landeswahlleiter Berlin (2026): Abgeordnetenhauswahl 2026. Vorläufiges Ergebnis.

Landeswahlleiter Berlin (o. J.): Ergebnisse früherer Berliner Wahlen einschließlich 2021 und Wiederholungswahl 2023.

Landeswahlleiter Rheinland-Pfalz (2026): Endgültiges Ergebnis der Landtagswahl 2026.

Landeswahlleitung Brandenburg (o. J.): Landesweite Wahltermine und Wahlergebnisse.

Landeswahlleitung Sachsen (2024): Landtagswahl 2024. Endgültige Ergebnisse.

Launert, Silke (2025): CSU-Parteivorstand verabschiedet Bayern-Agenda zur Bundestagswahl 2025. Mensch & Politik, KW 08/25, S. 26.

Neu, Viola / Pokorny, Sabine (2026): Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 6. September 2026. Endgültiges Ergebnis. Konrad-Adenauer-Stiftung, S. 23; Daten: Infratest dimap.

Niedermayer, Oskar (2025): Parteimitglieder in Deutschland. Version 2025. Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 33. Berlin: Freie Universität, insbesondere Tabelle 18.

RTL/ntv / Forsa (2026): Grüne bleiben schwacher Union im Nacken – und die AfD weit vorn. 13. Oktober. Sonntagsfrage: n = 2.502, Feldzeit 6.–12. Oktober; Kanzlerfragen: n = 1.006, 9.–12. Oktober; Kompetenzfrage: n = 1.001.

Sablowski, Thomas (2026): Olivgrüner Kapitalismus. LuXemburg, Heft 2/2026.

Schwesinger, Holger (2024): Woher die Stimmen für AfD und BSW kamen. tagesschau.de, 1. September.

Schwesinger, Holger (2026a): Warum schreckt „rechtsextremistisch“ nicht mehr ab? tagesschau.de, 15. September.

Schwesinger, Holger (2026b): Warum „Frau“ knapp hinter „Blau“ liegt. tagesschau.de, 20. September.

Schäfer, Armin / Zürn, Michael (2021): Die demokratische Regression. Die politischen Ursachen des autoritären Populismus. Berlin: Suhrkamp.

Seipp, Klaus (2026): Bundeshaushalt: Geplante Kürzungen der nächsten Jahre gefährden Wachstum. IMK-Kommentar Nr. 22, September. Begleitende Veröffentlichung: IMK (2026): Bundeshaushalt droht „Teufelskreis“, weil Kürzungen Wachstum gefährden – Steuersenkungen ein Grund für Spardruck. 8. September.

SPD (2025): Mehr für Dich. Besser für Deutschland. Regierungsprogramm.

SPD (2026): Informationen zum neuen Grundsatzprogrammprozess.

Statistisches Bundesamt (2026c): Inflationsrate im September 2026 bei +3,3 Prozent. Pressemitteilung Nr. 364, Oktober.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (2026): Landtagswahl 2026. Zeitreihe der Ergebnisse.

Thüringer Landesamt für Statistik (2024): Landtagswahl 2024. Endgültiges Landesergebnis.

ver.di (2026a): Schwerer Fehler. ver.di publik, Ausgabe 2/2026, 26. März.

ver.di (2026b): Respekt und Gerechtigkeit. Beitrag von Heike Langenberg, ver.di publik, Ausgabe 5/2026, 1. Oktober.

Völpel, Eva (2026): Sozialstaat: Die Kettensäge bleibt angesetzt. Rosa-Luxemburg-Stiftung, aktualisiert am 22. September.

Wahlrecht.de (2026): Sonntagsfrage Bundestagswahl, Übersicht mit GMS-Veröffentlichung vom 19. Oktober. GMS: n = 1.012, Feldzeit 14.–19. Oktober, Telefon-Online-Mix.

WDR / Infratest dimap (2026a): DeutschlandTrend. Politische Stimmung. 1. Oktober.

WDR / Infratest dimap (2026b): Wenig Vertrauen in Regierung mit Blick auf Sicherung der Sozialsysteme. 1. Oktober.

Witt, Uwe (2026): Kampf der Energiesysteme. Rosa-Luxemburg-Stiftung, 21. Juli.

Autor: Dr. Ernst Wolowicz

KI-Erklärung: Der gesamte Inhalt wird vom Autor verantwortet. Bei Recherche, Strukturierung und Formulierung dieses Entwurfs wurde ChatGPT eingesetzt.